

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Markus Frohnmaier, Dietmar Friedhoff, Dr. Harald Weyel, Stefan Keuter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/22984 –**

Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode

Vorbemerkung der Fragesteller

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) veröffentlichte auf seiner offiziellen Internetpräsenz ein Dokument, welches die Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode veranschaulicht (https://www.bmz.de/de/zentrales_downloaddarchiv/Presse/191029_BMZ_Erfolge_19te_Legislaturperiode.pdf). Die Aufzählung der Erfolge ist nach den Sustainable Development Goals (SDGs) der Agenda 2030 unterteilt.

Nach Ansicht der Fragesteller ist die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ein wichtiges Instrument der internationalen Zusammenarbeit, jedoch gilt es, diese stetig zu verbessern und vor allem effektiver zu gestalten. Die Fragesteller stellen fest, dass die deutsche Entwicklungszusammenarbeit an erheblichen administrativen, organisatorischen und operativen Schwächen leidet (vgl. den Bericht des Bundesrechnungshofes nach § 88 Absatz 2 der Bundeshaushaltsordnung [BHO] an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages für die Haushaltsberatungen 2018 und die Gesamtschau der Ergebnisse der Externen Qualitätskontrolle der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit [GIZ] GmbH im Jahr 2017). Vor diesem Hintergrund erscheinen die verzeichneten Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode fraglich. Insbesondere die Erfassung und die konkreten Hintergründe der aufgeführten Zahlen von erreichten Personen oder Unternehmen sind für die Fragesteller von Interesse.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Wirksamkeit und Transparenz sind anerkannte Leitprinzipien der deutschen Entwicklungspolitik und werden von ihr als Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche und nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit (EZ) angesehen. Durch transparentes Handeln und einen wirkungsorientierten, inklusiven Planungsprozess kann die Eigenverantwortung der Partnerregierungen gestärkt, die Koordination zwischen Gebern verbessert und das Risiko von Korruption gemindert werden.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 14. Oktober 2020 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Die Transparenz der deutschen EZ ist hoch und steigt seit Jahren kontinuierlich an. Dies wurde vor wenigen Monaten auch von der internationalen Organisation Publish What You Fund (PWYF) bestätigt. Im diesjährigen internationalen Geber-Ranking von PWYF (Aid Transparency Index, https://www.publishwhatyoufund.org/wp-content/uploads/dlm_uploads/2020/06/2020-Aid-Transparency-Index-report.pdf) hat Deutschland sich um 20 Prozentpunkte auf 77,3 Prozent (für die Instrumente der finanziellen Zusammenarbeit – FZ) sowie um 11,5 Prozentpunkte auf 72,3 Prozent (Indexbewertung für die technische Zusammenarbeit – TZ) verbessert. Damit befinden sich beide Bewertungen in der Kategorie „Gut“ und Deutschland belegt einen Spitzenplatz unter den bilateralen Gebern.

Zur Externen Qualitätskontrolle und den Bemerkungen des Bundesrechnungshofs wird auf die Vorbemerkungen der Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 19/17370 sowie in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 19/15958 verwiesen.

1. Welches Referat des BMZ war zuständig für die Erstellung und Veröffentlichung der Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“ (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?

Federführend zuständig war das Referat L2 Politische Analyse und Planung.

2. Welcher konkrete Zeitraum wird von der Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“ vor dem Hintergrund der Angabe „Stand: Oktober 2019“ erfasst?

Die Publikation bezieht sich auf den Zeitraum von Beginn der 19. Legislaturperiode bis Oktober 2019.

3. Weshalb werden nicht zu jedem Ziel für nachhaltige Entwicklung (SDG) Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“ aufgezählt?

Die Publikation veranschaulicht beispielhaft Wirkungen und Ergebnisse der deutschen Entwicklungspolitik anhand ausgewählter nachhaltiger Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs).

4. Inwiefern waren die deutschen Durchführungsorganisationen an der Erstellung der Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“ beteiligt?
5. Inwiefern waren bilaterale und multilaterale Akteure der Entwicklungszusammenarbeit an der Erstellung der Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“ beteiligt?

Die Fragen 4 und 5 werden gemeinsam beantwortet.

Die deutschen Durchführungsorganisationen (DO) waren im Rahmen ihrer allgemeinen Beratungsleistung an der Erstellung der Publikation beteiligt. Weitere bi- oder multilaterale Akteure waren nicht an der Erstellung beteiligt.

6. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Kosten für die Erstellung und Veröffentlichung der Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“?
7. Wurden im Rahmen der Erstellung und Veröffentlichung der Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“ externe Dienstleistungen oder sonstige Beratungsleistungen von Dritten in Anspruch genommen, und wenn ja, wie hoch waren die entsprechenden Kosten?

Die Fragen 6 und 7 werden gemeinsam beantwortet.

Die inhaltliche Erstellung der Publikation durch das zuständige Referat erfolgte im Rahmen der regulären Aufgabenerfüllung. Zusätzliche Kosten hierfür entstanden nicht.

Für das Layout der Publikation durch einen externen Dienstleister entstanden Kosten in Höhe von 267,75 Euro (brutto).

8. Steht die Erstellung und Veröffentlichung der Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“ nach Kenntnis der Bundesregierung in einem Zusammenhang mit der vom BMZ geförderten Initiative „Entwicklung wirkt!“ (<https://www.entwicklung-wirkt.de/impressum>), und wenn ja, inwiefern?

Nein.

9. Welche Programme werden im Rahmen der Sonderinitiative „EINE-WELT ohne Hunger“ (SEWOH) derzeit umgesetzt (siehe S. 1 der Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“; bitte nach Programmtitel, Durchführer, Aktionsraum, Kosten bzw. Fördersumme und Oberzielen aufschlüsseln)?
 - a) Welche Module werden im Rahmen der einzelnen Programme derzeit umgesetzt (bitte nach Modul- bzw. Projekttitel, Projektnummer bzw. Aktenzeichen, Kosten bzw. Fördersumme, Personalkosten und Zielindikatoren aufschlüsseln)?

Die Fragen 9 und 9a werden gemeinsam beantwortet.

Es wird auf die Übersicht in Anlage 1 verwiesen. Im Rahmen der dort genannten Vorhaben werden keine Module, das heißt in sich geschlossene, getrennt voneinander beauftragte Einheiten, umgesetzt.

Hinsichtlich der Angabe der Projektnummer wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 19/16828 verwiesen. Bezüglich der Nennung von Modulzielindikatoren und Einzelkosten laufender Vorhaben wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 19/21800 verwiesen.

- b) Durch welche Programme und Maßnahmen konnten „allein seit September 2017 [...] 350 000 Kleinbäuerinnen und Kleinbauern ihre Einkommen durch Trainings- und Beratungsdienstleistungen um knapp 30 Prozent steigern“ (ebd.)?

Mit dem u. a. durch Trainings oder Beratung vermittelten Wissen durch die 16 Grünen Innovationszentren in der Agrar- und Ernährungswirtschaft in 14 Län-

dem Afrikas sowie in Indien und Vietnam konnten 350.000 Kleinbäuerinnen und Kleinbauern ihre Einkommen um knapp 30 Prozent steigern.

- c) Wie wurde die Anzahl von 350 000 Kleinbauern (ebd.) nach Kenntnis der Bundesregierung erfasst, und wie stellt die Bundesregierung sicher, dass die erfassten Zahlen den tatsächlich erreichten Kleinbauern entspricht (bitte Datenerfassung und Verfahren der Datenverarbeitung innerhalb des BMZ und bei den Durchführern der Maßnahmen ausführen)?

Das Vorhaben „Grüne Innovationszentren in der Agrar- und Ernährungswirtschaft“ (GIAE) verwendet ein wirkungsbasiertes Monitoringsystem, das die Effekte der durchgeführten Aktivitäten auf die Zielgruppe der kleinbäuerlichen Betriebe erfasst.

Um den jährlichen Projektfortschritt zu ermitteln, werden unter allen kleinbäuerlichen Betrieben, die in den 16 Partnerländern Trainings oder Beratung durch das Projekt erhalten haben, stichprobenartig Daten erhoben. Die Datenerhebung und -analyse erfolgt durch lokale Dienstleister vor Ort unter Anwendung strenger Qualitätskriterien, um Zuverlässigkeit und Gültigkeit der gesammelten Daten zu gewährleisten.

Für die Berichterstattung zu Einkommen werden die Deckungsbeiträge (Differenz zwischen den erzielten Erlösen und den variablen Kosten) der kleinbäuerlichen Betriebe berechnet. In den Projekten wird ermittelt, wie viele geschulte kleinbäuerliche Betriebe die vermittelten Innovationen übernommen haben. Darüber wird die Anzahl der erreichten Betriebe mit Einkommenssteigerung berechnet. Die Daten werden danach auf ihre Plausibilität und Genauigkeit geprüft und anschließend aggregiert, um über Fortschritte und Ergebnisse zu berichten.

- d) Durch welche Maßnahmen wurden die Landrechte von 140 000 Personen gesichert (ebd.)?

Im Rahmen des Vorhabens „Verantwortungsvolle Landpolitik“ wurden in den fünf Ländern Republik Uganda, Republik Madagaskar, Republik Peru, Republik Benin und Demokratische Volksrepublik Laos gemeinsam mit den Partnern Prozesse, wie systematische Landinventuren und die Erstellung von Landinventurprotokollen, ländliche Kataster sowie die Aktualisierung und Digitalisierung lokaler Bodenrechtspläne, entwickelt oder verbessert, die den traditionellen Landbesitz oder Nutzungsrechte dokumentieren.

- e) Wie wurde die Zahl von 140 000 Personen (ebd.), deren Landrechte durch Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammen gesichert wurden, erfasst?

Die Anzahl der Haushalte mit dokumentierten Landrechten ergibt sich aus den unterstützten Prozessen in den Partnerländern, die in Pilotgemeinden umgesetzt werden. In den Monitoringsystemen in den Ländern wird erhoben, wie viele Haushalte im Verlauf der Umsetzung dokumentierte Landrechte erhalten. Die Anzahl der Personen entspricht den durchschnittlichen Bewohnern pro Haushalt. Diese Zahlen werden länderspezifisch erhoben. Auf Ebene des Gesamtvorhabens ergibt sich ein Durchschnittswert von 4,7 Haushaltsmitgliedern.

10. Durch welche Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden Klinikpartnerschaften gefördert (siehe S. 2 der Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“)?

Die Bundesregierung unterstützt zusammen mit der Else Kröner-Fresenius-Stiftung im Rahmen des Förderprogramms „Klinikpartnerschaften – Partner stärken Gesundheit“ Partnerschaften zwischen deutschen Institutionen des Gesundheitssektors und solchen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen u. a. über Zuschussverträge, Beratung und institutionelle Vernetzung.

11. Welche Kliniken oder ähnlichen Organisationen haben nach Kenntnis der Bundesregierung seit Oktober 2017 Förderverträge mit welchen Partnern geschlossen, um eine Klinikpartnerschaft einzugehen (vgl. Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“ S. 2)?

Es wird auf die Projektdatenbank der Initiative Klinikpartnerschaften verwiesen (<https://www.klinikpartnerschaften.de/partnerschaften/projektdatenbank?vie w=map>).

12. Welche Kosten sind durch die mobilen Teams zur Sensibilisierung von mehr als 4 000 irakischen und syrischen Binnenvertriebenen und Geflüchteten im Hinblick auf geschlechterspezifische Gewalt entstanden (siehe S. 3 der Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“)?

Die Gesamtkosten hierfür beliefen sich auf rund 136.000 Euro.

13. Welche 100 Unternehmen und welche 25 Wirtschaftsverbände in Ägypten, Marokko, Jordanien und Tunesien haben durch die Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ihre Arbeitsbedingungen familien- und frauenfreundlicher gestaltet (s. S. 3 der Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“)?
 - a) Durch welche konkreten Programme und Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wurden die Unternehmen und Verbände hierbei gefördert bzw. unterstützt (bitte nach Programm- bzw. Maßnahmentitel, Fördersumme bzw. Kosten, Unternehmen bzw. Verband, Programm- bzw. Modulziele und Durchführer aufschlüsseln)?

Die Fragen 13 und 13a werden gemeinsam beantwortet.

Es handelt sich hierbei um Unternehmen und Wirtschaftsverbände, die die deutsche EZ durch das Vorhaben „Förderung von jungen Frauen durch angewandtes Gender Diversity Management in der MENA Region“ gefördert bzw. dabei unterstützt hat, ihre Arbeitsbedingungen familien- und frauenfreundlicher zu gestalten. Dies erfolgte u. a. durch formalisierte, für einen längeren Zeitraum angelegte Kooperationen oder durch Teilnahme von Unternehmen und Verbänden an entsprechenden Veranstaltungen. Die Unternehmen und Wirtschaftsverbände stammen u. a. aus der Automobil-, Lebensmittel-, Textil- oder Pharmaindustrie, IT, Elektronik, Telekommunikation, Hotellerie sowie dem Bankensektor in der Arabischen Republik Ägypten, dem Königreich Marokko, dem Haschemitischen Königreich Jordanien und der Tunesischen Republik. Das Vorhaben hat einen Auftragswert in Höhe von 13,2 Mio. Euro. Es zielt darauf ab, die Beschäftigungschancen von Frauen in ausgewählten Privatunternehmen

in den genannten Ländern zu verbessern. Durchführer des Vorhabens ist die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH.

Unternehmen und Verbände, mit denen im Rahmen einer formalisierten Kooperation zusammengearbeitet wurde bzw. wird, sind:

- Wirtschaftsverbände: Federation of Egyptian Industries (FEI) in Ägypten, Association Nationale des gestionnaires et formateurs des ressources humaines (AGEF) in Marokko, Institut Arabe de Chefs Entreprises (IACE) in Tunesien und Young Entrepreneurs Association (YEA) in Jordanien.
- Unternehmen: Vermeg, Amen Bank, Orange, Vodafone, BMCI – Banque marocaine pour le commerce et l'industrie, Juhayna, Mercedes Gas, DELL, Grand Hyatt, Hyatt Regency, Digital Works, Lacroix, SBC Délice-Société-des-boissons-du-Cap-Bon, OneTech, Dar El Omran, Umniah, Landmark, Estarta, Etihad, Akhtaboot, Kawar Group, Nature Tex, ISIS, Raya (zwei Geschäftsbereiche), Green Valley, Marib, General Motors Egypt, ACT Egypt, SANOFI, Renault, LafargeHolcim, Safran, SITI.

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass aus Gründen des Datenschutzes weitere personenbezogene Daten von Teilnehmenden an den genannten Veranstaltungen nach Ablauf der gesetzlichen Frist gelöscht wurden. Die übrigen Wirtschaftsverbände und Unternehmen können daher nicht mehr namentlich aufgeführt werden.

- b) Welchen Eigenanteil haben die geförderten Unternehmen und Verbände jeweils in qualitativer und quantitativer Hinsicht geleistet?

Unternehmen leisten einen qualitativen Eigenanteil, indem sie familien- und frauenfreundliche Maßnahmen bei sich umsetzen. Das Vorhaben arbeitet mit besonders engagierten Unternehmen in vertieften Kooperationen zusammen, wobei die ausgewählten Unternehmen einen finanziellen Eigenanteil von 60 Prozent beisteuern.

- c) Werden Familienfreundlichkeit und Frauenfreundlichkeit im Rahmen dieser Maßnahmen durch die Bundesregierung gleichgesetzt?

Familien- und Frauenfreundlichkeit werden nicht gleichgesetzt. Oft bedingt aber ein gezieltes Eingehen auf Bedarfe von Frauen auch eine größere Familienfreundlichkeit. Mit dem verfolgten Ansatz werden beide Aspekte unterstützt: Gleichberechtigung der Geschlechter und Förderung von Frauen bei evidenter Ungleichbehandlung. Familienfreundlichkeit wird durch Personalmaßnahmen gefördert, die beide Geschlechter gleichermaßen adressiert.

- d) Inwiefern wurden die Arbeitsbedingungen im Hinblick auf Familienfreundlichkeit verbessert?

Konkrete Verbesserungen der Arbeitsbedingungen im Hinblick auf Familienfreundlichkeit umfassen Firmen-Kitas, externe Kinderbetreuung, Ruheräume für Frauen und stillende Mütter sowie geschlechtergetrennte Umkleieräume und Toiletten. Sie umfassen zudem die Verabschiedung von Unternehmensleitersätzen für mehr Diversität und Toleranz, Fortbildung von Führungskräften zur besseren Integration beider Geschlechter, Instrumente für mehr Gleichbehandlung und Familienfreundlichkeit sowie Einführung von flexiblen Arbeitszeitmodellen.

- e) Inwiefern wurden die Arbeitsbedingungen im Hinblick auf Frauenfreundlichkeit verbessert?

Konkrete Verbesserungen der Arbeitsbedingungen im Hinblick auf Frauenfreundlichkeit umfassen technische Trainings für junge Frauen, Alphabetisierungskurse für junge Frauen in der Produktion, Kommunikationskampagnen in den Firmen sowie Personalentwicklungsmaßnahmen für Frauen, wie etwa Mentoring-Programme.

- f) Wurden die erreichten Ziele nach Abschluss der Förderung nochmals nachgeprüft?

Die Umsetzung des Vorhabens ist noch nicht abgeschlossen. Es wird auf die Antwort zu Frage 9 verwiesen.

14. Welche Module wurden und werden im Rahmen des Programms „Energising Development“ umgesetzt (siehe S. 3 der Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“; bitte nach Titel, Projektnummer, Durchführer, Kosten bzw. Fördersumme und jeweiligen Modulzielen [Ober- und Unterziele] aufschlüsseln)?

Das Programm „Energising Development“ wird seit 2008 durch die GIZ durchgeführt und befindet sich aktuell in der zweiten Projektphase.

Die Fördersumme der abgeschlossenen ersten Phase belief sich auf Mittel von rund 33,62 Mio. Euro, die durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bereitgestellt wurden, sowie rund 111,37 Mio. Euro von Drittmittelgebern. Das Ziel der ersten Phase war wie folgt definiert: Die Versorgung ärmerer Haushalte, sozialer Einrichtungen und des klein- und mittelständischen Gewerbes mit modernen Energietechnologien bzw. -dienstleistungen ist in ausgewählten Ländern nachhaltig verbessert.

Hinsichtlich der laufenden zweiten Projektphase wird auf die Projektdatenbank der GIZ verwiesen (https://www.giz.de/projektdaten/index.action?request_local_e=de_DE; Suchbegriff: Energising Development).

Im Falle von „Energising Development“ entspricht die Programmebene der Modulebene.

15. Wie wurde die Zahl der durch das Programm „Energising Development“ erreichten Personen in Höhe von 13 Millionen erfasst (bitte konkrete Datenerfassung und Verfahren der Datenverarbeitung innerhalb des BMZ und bei den Durchführern erläutern)?

Das Programm „Energising Development“ verfügt über ein umfassendes Monitoringssystem, das den gesamten Zyklus des Projekts – von der Datenerhebung und deren Verifizierung im Partnerland, über Qualitätsprüfung und -sicherung bis zur Berichterstattung an den Auftraggeber – umfasst.

In den Partnerländern erfolgt die Datenerhebung in Bezug auf verkaufte Energieprodukte auf Ebene der Zielgruppen (Haushalte, soziale Einrichtungen und Unternehmen). Daten werden anhand von unterschiedlichen Datenquellen (schriftliche Dokumentation, digitale Datenbanken, Telefoninterviews und physischen Prüfungen vor Ort) geprüft und verifiziert. Die Berichterstattung an den Auftraggeber erfolgt jährlich.

16. Wurden die mit dem Programm „Energising Development“ erreichten Personen nach Kenntnis der Bundesregierung dauerhaft mit Energie versorgt, und welche privaten Akteure waren an der Umsetzung beteiligt?

Ja. Das Programm „Energising Development“ arbeitet mit staatlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammen. Bei den privaten Akteuren handelt es sich vor allem um lokale Unternehmen, die beispielsweise Solar- und Photovoltaik-Systeme oder moderne Kochtechnologien anbieten. Das Programm folgt dabei einem Marktentwicklungsansatz für dezentrale erneuerbare Energien.

17. Wie unterscheiden sich die methodischen Ansätze der Programme „Energising Development“ und „Globale Energiewende“?

Die methodischen Ansätze und Zielsetzung der Programme „Energising Development“ und „Globale Energiewende“ sind komplementär zueinander konzipiert, um sowohl eine klare Fokussierung als auch Synergieeffekte zu generieren.

Das Programm „Energising Development“ folgt einem marktbasierten Ansatz mit dem Ziel, den Zugang zu Energie insbesondere im ländlichen Raum (durch die Nutzung erneuerbarer, dezentraler Energielösungen im Bereich Strom und Kochenergie) zu verbessern.

Das Programm „Globale Energiewende“ (GET.pro) setzt auf systemischer Ebene an mit dem Ziel, Energiewenden in Partnerländern und -regionen zu unterstützen. Dazu fördert GET.pro die Mobilisierung von Investitionen in erneuerbare Energien (u. a. anknüpfend an Projekte, die vom Programm „Energising Development“ auf lokaler Ebene vorbereitet wurden und nun einer kommerziellen Finanzierung bedürfen) und bietet Politikberatungsleistungen für Partnerregierungen an. Zudem unterstützt GET.pro den politischen Dialog zwischen Europa und Afrika zu Energiethemen.

18. Welche Programme und Maßnahmen wurden und werden durch die vom BMZ jährlich investierten 4 Mrd. Euro zur „Schaffung von Zukunftsperspektiven vor Ort“ (siehe S. 4 der Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“) seit der 19. Legislaturperiode umgesetzt (bitte die Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen und Programme sowie das Projektland angeben)?

Aus den Mitteln des BMZ für Fluchtursachenminderung inklusive der Unterstützung von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen durch die Schaffung von Zukunftsperspektiven vor Ort, wurden in den Jahren 2017 bis 2019 Programme und Maßnahmen der Übergangshilfe, der Sonderinitiativen „Eine Welt Ohne Hunger“, „Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge reintegrieren“ sowie „Stabilisierung und Entwicklung in Nordafrika, Nahost“, der bilateralen und multilateralen EZ mit fluchtrelevanten Ländern, von Organisationen der Vereinten Nationen (VN) sowie nichtstaatlicher Organisationen (Kirchen, Stiftungen, Sozialstrukturträger) finanziert.

Der BMZ-Mitteleinsatz in den Jahren 2017 bis 2019 stellt sich wie folgt dar:

Programme und Maßnahmen in folgenden Bereichen (Kapitel/Titel)	2017 [Tsd. Euro]	2018 [Tsd. Euro]	2019 [Tsd. Euro]
2301/687 06 (Krisenbewältigung, Wiederaufbau, Infrastruktur)	499.988	709.774	799.913
2301/896 03 (Technische Zusammenarbeit)	458.478	553.338	553.508

Programme und Maßnahmen in folgenden Bereichen (Kapitel/Titel)	2017 [Tsd. Euro]	2018 [Tsd. Euro]	2019 [Tsd. Euro]
2301 Titelgruppe 01 (Finanzielle Zusammenarbeit: FZ-Darlehen und FZ-Zuschüsse)	716.667	1.017.051	843.387
2302/687 72 (Ziviler Friedensdienst)	45.000	44.973	55.000
2302/687 03 (Sozialstrukturförderung)	14.692	15.646	17.287
2302/687 04 (Politische Stiftungen)	162.600	186.600	191.400
2302/896 04 (Kirchen)	78.300	90.300	90.300
2303/687 01 (Vereinte Nationen)	13.489	18.308	23.580
2303/687 02 (Welternährungsprogramm)	28.008	28.008	28.008
2303/896 02 (Europäischer Entwicklungsfonds)	375.405	425.914	444.825
2304/687 01 (Weltbank)	283.907	251.123	283.474
2304/687 02 (Asiatische Entwicklungsbank)	3.672	4.149	4.242
2304/687 03 (Afrikanische Entwicklungsbank)	103.396	120.394	109.555
2310/896 31 (Sonderinitiative Eine Welt Ohne Hunger)	219.122	299.272	333.848
2310/896 32 (Sonderinitiative Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge re-integrieren)	394.912	464.929	504.963
2310/896 33 (Sonderinitiative MENA)	70.000	139.925	100.000
2310/896 34 (SI Ausbildung und Beschäftigung)	-	-	119.625
Summe	3.467.636	4.369.704	4.502.915

Die Umsetzung der oben genannten Programme und Maßnahmen erfolgt insbesondere in folgenden Regionen und Ländern:

- Naher und Mittlerer Osten: Türkei, Libanon, Syrien, Irak, Jordanien, Jemen, Palästinensische Gebiete, Afghanistan, Pakistan
- Horn von Afrika/Ostafrika: Sudan, Südsudan, Äthiopien, Eritrea, Somalia, Kenia, Uganda, Tansania, Burundi, Ruanda
- Nordafrika: Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten
- Westafrika: Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger, Tschad, Sierra Leone, Liberia, Nigeria, Kamerun, Zentralafrikanische Republik
- Zentral- und Südliches Afrika: Demokratische Republik Kongo, Sambia
- Asien: Bangladesch, Myanmar, Philippinen, Sri Lanka
- Südosteuropa/Westbalkan und Ukraine: Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Montenegro, Kosovo, Albanien, Ukraine
- Lateinamerika: Kolumbien, Venezuela, Peru, Ecuador.

19. Wie definiert die Bundesregierung „Zukunftsperspektiven vor Ort“ im Kontext der Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“ (ebd.)?

20. Ist die Bundesrepublik Deutschland nach Auffassung der Bundesregierung verantwortlich für die „Schaffung von Zukunftsperspektiven vor Ort“ im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit?

Wenn ja, wie konkret ist diese Verantwortung konturiert, und wo hat sie nach Auffassung der Bundesregierung ihre Grenzen?

Die Fragen 19 und 20 werden gemeinsam beantwortet.

Für die Bundesregierung ist EZ elementarer Bestandteil der internationalen Zusammenarbeit sowie unverzichtbares Instrument zur Bewältigung globaler Herausforderungen und zur Förderung menschlicher Entwicklung. Dies gilt umso

mehr mit Blick auf die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die darin enthaltenen nachhaltigen Entwicklungsziele. Grundlegendes Ziel der EZ ist es, die Lebensbedingungen in unseren Partnerländern nachhaltig für alle Menschen zu verbessern. Dies erfolgt in Zusammenarbeit mit den Regierungen der Partnerländer der EZ auf Augenhöhe.

21. Welche konkreten medizinischen Einrichtungen für 3,5 Millionen Menschen wurden im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode neu gebaut (s. S. 4 der Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“; bitte Art der Förderung [Finanzielle Zusammenarbeit oder Technische Zusammenarbeit], Rückzahlbarkeit der Förderung und Projektland angeben)?

Mit Zuschussmitteln aus dem Einzelplan 23 werden im Irak zahlreiche Krankenhäuser und Gesundheitszentren neu gebaut oder rehabilitiert, sowohl für die lokale Bevölkerung als auch für Flüchtlinge und Binnenvertriebene.

Es handelt sich hierbei um folgende Gesundheitseinrichtungen:

Gesundheitseinrichtung	Implementierung
Abriss und Neubau der Onkologischen Klinik, Al Shifa Medical Komplex in West-Mossul	KfW (über UNDP)
Rehabilitierung des Ibn Al Atheer Kinderkrankenhauses in Ost-Mossul	KfW (über UNDP)
Rehabilitierung des Krankenhauses von Ba'aj	KfW (über UNDP)
Rehabilitierung der Geburts- und Kinderklinik Ramadi	KfW (über UNDP)
Rehabilitierung Al Mansour Primary Healthcare Center in Mossul	KfW (über UNDP)
Neubau Temporäre Gesundheitseinrichtung „Health facility unit – Al Shifa“ in West-Mossul	GIZ
Neubau Erweiterung Azadi Lehrkrankenhaus	GIZ
Neubau von neun Gesundheitszentren in Camps im Gouvernement Duhok	GIZ
Rehabilitierung ICU/CCU des Azadi Lehrkrankenhauses in Duhok	GIZ
Rehabilitierung Gulan in Sumel	GIZ
Rehabilitierung des Krankenhauses Telafar	GIZ
Neubau Basisgesundheitsinstitution (PHC), Sherfuddin	GIZ
Neubau des ICU, Rehabilitierung Qualawchan Hospital, Sulaymaniah	GIZ (mit EU-Kofinanzierung)
Rehabilitierung Stromversorgung Isolationshospital, Erbil	GIZ (mit EU-Kofinanzierung)
Renovierung und Inbetriebnahme, Diagnostisches Labor, Halabja	GIZ (mit EU-Kofinanzierung)
Erweiterung um 6 Behandlungsräume, 1 Labor, 1 OP des Maternity & Teaching Hospital, Erbil	GIZ (mit EU-Kofinanzierung)
Renovierung des OP, Chami Razan Hospital, Sulaymaniah	GIZ (mit EU-Kofinanzierung)
Erweiterung der Kinderstation, Paediatric Clinic Raniya, Sulaymaniah	GIZ (mit EU-Kofinanzierung)
Renovierung Zakho Health Clinic, Duhok	GIZ (mit EU-Kofinanzierung)
Renovierung der Notaufnahme, Khormal Hospital, Halabja	GIZ (mit EU-Kofinanzierung)

22. Welche konkreten 150 000 Beschäftigungsmöglichkeiten werden in der Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“ erwähnt (s. S. 4 der Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“)?

Die Angabe bezieht sich auf die Beschäftigungsmöglichkeiten, die durch die Beschäftigungsoffensive Nahost im Jahr 2018 und von Januar bis September des Jahres 2019 geschaffen wurden. Sie umfassen Cash-for-Work-Beschäftigungen (direkt entlohnte temporäre Arbeit) sowie Beschäftigungsmöglichkei-

ten, die beispielsweise durch die ganzjährige Finanzierung von Gehältern von Lehrkräften und Gesundheitspersonal entstanden sind.

- a) Durch welche methodischen Ansätze wurden die 150 000 Beschäftigungsmöglichkeiten im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit geschaffen?

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 7 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 19/8412 sowie auf die BMZ-Publikation „Beschäftigungsoffensive Nahost/Cash for Work“ vom Juni 2019 verwiesen (http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/themen/perspektiven_flucht/Materialie299_cash_for_work.pdf).

- b) Wie viele der 150 000 Beschäftigungsmöglichkeiten sind von dauerhafter Natur, und wie viele davon sind befristet?

Es handelt sich zunächst um befristete Beschäftigungsverhältnisse. Durch begleitende Qualifizierung und die Förderung von Unternehmensgründungen wird zusätzlich die Anbahnung längerfristiger Beschäftigungsmöglichkeiten gefördert. Diese Zahl wird seit 2019 gesondert erfasst.

- c) Welche Kosten sind durch die Schaffung dieser 150 000 Beschäftigungsmöglichkeiten entstanden, und wie hoch ist der Anteil an deutschen Haushaltsmitteln (soweit keine genauen Angaben gemacht werden können, bitte eine Schätzung angeben)?

Im Referenzzeitraum wurden insgesamt knapp 620 Millionen Euro für die Beschäftigungsoffensive Nahost bereitgestellt. Damit wurden Löhne und Gehälter für Beschäftigungsmaßnahmen finanziert, die u. a. der Errichtung und Instandhaltung produktiver und sozialer Infrastruktur sowie der Schulung von etwa 584.000 Schulkindern in der Region (2019) dienen. Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 19/8412 verwiesen.

- d) Warum sind diese Beschäftigungsmöglichkeiten nach Auffassung der Bundesregierung nicht ohne ihr Zutun entstanden?

Bei Cash-for-Work-Maßnahmen handelt es sich um öffentlich finanzierte, befristete Beschäftigungsmaßnahmen, die aufgrund fehlender bzw. durch die Aufnahme von Flüchtlingen zusätzlich belasteter staatlicher Kapazitäten und Strukturen der o. g. Länder nicht ohne externe Unterstützung entstehen würden.

- e) Liegt die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten in den Partnerstaaten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit nach Auffassung der Bundesregierung im Verantwortungsbereich der Bundesrepublik Deutschland?
- f) Inwiefern ist es nach Auffassung der Bundesregierung Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland, im Ausland Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen?
- g) Sind nach Auffassung der Bundesregierung staatliche Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit grundsätzlich dazu geeignet, dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen (bitte begründen)?

Die Fragen 22e bis 22g werden gemeinsam beantwortet.

Es ist auch im Interesse Deutschlands, dass Menschen eine Lebensperspektive in ihrer Heimat haben. Dauerhafte Beschäftigung wird überwiegend im Privatsektor geschaffen. Staatliche Maßnahmen der EZ können zur Schaffung dauer-

hafter Beschäftigungsmöglichkeiten (für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbständige) beitragen, z. B. durch Unterstützung von Ausbildung und Qualifizierung oder durch Unterstützung bei der Überwindung von Investitionshemmnissen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 19 und 20 verwiesen.

- h) Sind die 150 000 geschaffenen Beschäftigungsmöglichkeiten nach Ansicht der Bundesregierung ökonomisch selbsttragend (wenn ja, bitte ein konkretes Beispiel nennen)?

Es wird auf die Antworten zu den Fragen 22b und 22c verwiesen.

- i) Wie viele der 150 000 Beschäftigungsmöglichkeiten wurden unmittelbar und mittelbar (durch beauftragte Subunternehmen) innerhalb von Programmen, Projekten, Modulen und sonstigen Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit geschaffen?

Die 150.000 Beschäftigungsmöglichkeiten wurden im Rahmen der Beschäftigungsoffensive Nahost geschaffen.

- j) In welchen Branchen wurden die 150 000 Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen?

Die 150.000 Beschäftigungsmöglichkeiten wurden in den Bereichen Gesundheit (Finanzierung von Gesundheitspersonal), Bildung (Finanzierung von Lehrergehältern), Bau und Instandhaltung von Wohnraum und öffentlicher Infrastruktur, Wassermanagement, Abfallbeseitigung und Rehabilitierung von Grünflächen geschaffen.

- k) Wie konkret wurden die Wirkungsdaten der Maßnahmen zur Schaffung der 150 000 Beschäftigungsmöglichkeiten seitens der Durchführer und der geförderten Akteure erfasst?

Die Ergebniszahlen beruhen auf monatlichen Meldungen der Beschäftigungszahlen durch die staatlichen deutschen DO GIZ und KfW.

23. Wie hoch sind die tatsächlichen Gesamtkosten des Programms „Perspektive Heimat“ zum jetzigen Stand, und wie hoch sind die möglichen Gesamtkosten des Programms (s. S. 4 der Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“)?

Das aktuelle Gesamtvolumen des Programms beträgt rund 480 Millionen Euro. Bezüglich der tatsächlichen Kosten zum jetzigen Stand wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 19/21800 verwiesen.

24. Gab es ein Vorläuferprogramm zum Programm „Perspektive Heimat“ (ebd.)?

Nein.

25. In welchem Zusammenhang stehen das Programm „Migration für Entwicklung“ (PME; <https://www.giz.de/de/weltweit/62318.html>) und das Programm „Perspektive Heimat“?

Das Programm „Migration für Entwicklung II“ setzt Teile des BMZ-Programms „Perspektive Heimat“ um.

26. Welche konkreten Oberziele hat das Programm „Perspektive Heimat“ (bitte Oberziele des Programms abschließend sowie qualitativ und quantitativ angeben)?

Oberziele des Programms „Perspektive Heimat“ sind:

- Durch zusätzliche Beschäftigungsinitiativen Bleibe- und Zukunftsperspektiven in den Partnerländern schaffen.
- Rückkehrende nachhaltig reintegrieren.
- Irreguläre Migration mindern und zu sicherer, geordneter und regulärer Migration beitragen.

27. Welche konkreten Oberziele hat das Programm „Migration für Entwicklung“ (<https://www.giz.de/de/weltweit/62318.html>; bitte Oberziele des Programms abschließend sowie qualitativ und quantitativ angeben)?

28. In welchem Zusammenhang stehen die Programme „Migration für Entwicklung II“ (https://www.giz.de/projektseiten/projects.action?request_locale=de_DE&pn=201520113) und „Migration für Entwicklung“ (<https://www.giz.de/de/weltweit/62318.html>)?

29. Was sind die maximalen Gesamtkosten der Programme „Migration für Entwicklung“ und „Migration für Entwicklung II“ (ebd.)?

30. Aus welchen Modulen besteht das Programm „Migration für Entwicklung“ (<https://www.giz.de/de/weltweit/62318.html>; bitte Module unter Angabe der konkreten Modulziele qualitativ und quantitativ angeben)?

31. Aus welchen Modulen besteht das Programm „Migration für Entwicklung II“ (bitte Module unter Angabe der konkreten Modulziele qualitativ und quantitativ angeben)?

Die Fragen 27 bis 31 werden gemeinsam beantwortet.

Bei dem unter der Projektkurzbeschreibung (<https://www.giz.de/de/weltweit/62318.html>) und dem auf der Projektdatenseite (https://www.giz.de/projektseiten/projects.action?request_locale=de_DE&pn=201520113) aufgeführten Programm handelt es sich um das gleiche Programm. Die korrekte Bezeichnung ist „Programm Migration für Entwicklung II“.

Im Rahmen des BMZ-Programms „Perspektive Heimat“ wurde das „Programm Migration für Entwicklung II“ im Juni 2017 um das Thema „Rückkehr und Reintegration“ erweitert; die Projektkurzbeschreibung bezieht sich daher auf diesen Zeitraum.

Das „Programm Migration für Entwicklung II“ besteht aus den Modulen „Rückkehr/Reintegration“ und „Entwicklungsorientierte Migration“. Das Ziel des Moduls „Rückkehr/Reintegration“ lautet: Die Perspektiven von Rückkehrerinnen und Rückkehrern, lokaler Bevölkerung und Binnenvertriebenen für die wirtschaftliche und soziale Teilhabe in ausgewählten Herkunftsländern sind verbessert. Das Ziel des Moduls „Entwicklungsorientierte Migration“ lautet:

Der entwicklungsrelevante Beitrag von Migrantinnen und Migranten in ihren Herkunftsländern ist gestärkt und die Rahmenbedingungen für legale Migration sind in ausgewählten Herkunftsländern verbessert.

Der Projektwert des „Programms Migration für Entwicklung II“ beträgt 181.390.461 Euro. Davon sind 146.935.450 Euro dem BMZ-Programm „Perspektive Heimat“ zuzuordnen.

32. In welchem Zusammenhang stehen das Vorläuferprogramm „Migration für Entwicklung“ (Projektnummer 2012.2002.9) und das Programm „Migration für Entwicklung“ (<https://www.giz.de/de/weltweit/62318.html>)?

Das „Programm Migration für Entwicklung“ ist der Vorgänger des „Programms Migration für Entwicklung II“.

33. Was ist nach Kenntnis der Bundesregierung unter „aktuelles Projekt“ bei der Angabe der Laufzeit auf der Projektdaten-Seite der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) des Programms „Migration für Entwicklung II“ (https://www.giz.de/projektdaten/projects.action?request_locale=de_DE&pn=201520113) zu verstehen, und inwiefern unterscheiden sich die Angaben zu den „aktuellen Projekten“ von den Angaben des „Gesamtvorhabens“?

Das „aktuelle Projekt“ ist das „Programm Migration für Entwicklung II“ mit Laufzeit von 12/2015 bis 11/2020. Die Angaben zum Gesamtvorhaben beziehen sich auf beide zum Gesamtvorhaben gehörenden Programme, also sowohl das Vorgängerprogramm „Migration für Entwicklung“ (2011 bis 2015) als auch das „Programm Migration für Entwicklung II“ (2015 bis 2020).

34. Ist seitens der Bundesregierung angedacht, ein Nachfolgeprojekt des Programms „Migration für Entwicklung“ in Auftrag zu geben?

Ein Nachfolgeprogramm wurde im Jahr 2020 beauftragt.

35. Durch welche Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode wurden 160 Millionen Hektar Wald unter Schutz gestellt (siehe S. 5 der Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“)?

Die deutsche EZ setzt im Bereich Waldschutz Maßnahmen um, die konkret zum Biodiversitätserhalt beitragen, indem das Management der natürlichen Lebensgrundlagen verbessert, Waldökosysteme geschützt und die Entwicklung von Natur- und Wirtschaftsräumen gefördert werden. Schutzmaßnahmen betreffen Waldschutzgebiete, Nationalparks und Randzonengebiete sowie schützenswerte Waldökosysteme und Landschaften. Diese können sich auf dem Territorium einzelner Länder befinden oder grenzüberschreitende Gebiete umfassen. Bei den Maßnahmen arbeitet das BMZ mit den zuständigen nationalen und lokalen Behörden und der lokalen Bevölkerung zusammen. Grenzüberschreitende Maßnahmen werden meist mit Regionalorganisationen umgesetzt.

- a) Was waren die (geschätzten) Kosten dieser Maßnahmen?

Das Gesamtvolumen der Maßnahmen beträgt insgesamt rund 849 Millionen Euro.

- b) Wie definiert die Bundesregierung „unter Schutz stellen“ im Kontext der ergriffenen Maßnahmen?

Im Rahmen der deutschen EZ werden Maßnahmen, die Wald unter Schutz stellen, als Teil des übergeordneten globalen Ziels der Bundesregierung für Wald-erhalt und nachhaltige Waldbewirtschaftung sowie für den Wiederaufbau degradierter und zerstörter Wälder verstanden, welche die Ausweisung, aber auch die Verbesserung des Managements von Schutzgebieten und die Förderung von nachhaltiger Waldbewirtschaftung einschließen. In vielen Waldschutzprojekten der deutschen EZ spielen folgende Themen eine wichtige Rolle:

- Erhebung von Daten und das Erstellen von Managementplänen;
- Einbeziehen der Bevölkerung in das Management von Schutzgebieten;
- Klärung der lokalen Nutzungsrechte;
- Entwicklung von Pufferzonen, um den Druck auf Naturschutzgebiete zu vermindern;
- Ausstattung von Schutzgebieten mit notwendiger Infrastruktur und nachhaltigen Finanzierungsinstrumenten, wie z. B. Nationalparkfonds, sowie die Ausbildung von Personal der Partnerinstitutionen.

36. Welche konkreten Maßnahmen werden im Rahmen der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung initiierten „NDC-Partnerschaft“ umgesetzt (s. S. 5 der Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“)?

Ziel der NDC-Partnerschaft ist es, Entwicklungs- und Schwellenländer dabei zu unterstützen, ihre nationalen Klimabeiträge umzusetzen, Klima- und Entwicklungsziele zusammenzuführen sowie die Grundlage zu schaffen, dass sich bi- und multilaterale Geberprogramme auf nationale Unterstützungsbedarfe ausrichten und sich untereinander koordinieren. Dies bedeutet, dass die Partnerschaft nicht nur durch eigens bereit gestellte Gelder, sondern auch durch die Koordination von bereits bestehenden Programmen und deren Ausrichtung auf die Umsetzung der nationalen Klimaziele (Nationally Determined Contributions/NDC) getragen wird. Im sogenannten „Country Engagement“ der Partnerschaft setzen sich Geber (industrialisierte Länder und Entwicklungsorganisationen sowie -banken) dafür ein, dass Entwicklungs- und Schwellenländer zu ihren NDC-bezogenen Nachfragen unterstützt werden. Des Weiteren vermittelt die Partnerschaft auch einen direkten Austausch von Erfahrungen und Wissen zwischen interessierten Ländern (sogenannte Peer-to-Peer-Ansätze). Eine umfangreiche Wissensplattform der Partnerschaft, die vorhandene Analysen und Ansätze zur NDC-Umsetzung bündelt, trägt zusätzlich zum Austausch von Erfahrungen bei. Wichtige Initiativen, die laufende Prozesse zur NDC-Unterstützung in Mitgliedsländern (Country Engagement) über zwei thematische Ansätze ergänzen, sind zum einen das 2019 geschaffene Angebot zur kurzfristigen technischen Unterstützung bei der auf Ambitionssteigerung ausgerichteten Überarbeitung der NDC, das sogenannte „Climate Action Enhancement Package“ (CAEP), zum anderen die 2020 gestartete Initiative zur Beratung von Finanz- und Planungsministerien zur NDC-orientierten Ausgestaltung von Maßnahmen zur wirtschaftlichen Wiederbelebung im Kontext der Corona-Krise, der sogenannten Economic Advisory Initiative.

- a) Wie hoch sind die bisherigen Kosten der NDC-Partnerschaft?

Die Bundesregierung unterstützt über das BMZ sowie das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) die Support Unit, die als Sekretariat der NDC-Partnerschaft fungiert, seit 2016 mit insgesamt 12 Millionen Euro. Deutschland finanziert zusätzlich mit knapp 17 Millionen Euro über das CAEP eine Vielzahl von Maßnahmen, die die Partnerländer (Schwellen- und Entwicklungsländer) bei der Verbesserung und Erhöhung ihrer nationalen Klimaschutzbeiträge unterstützen. Deutschland finanziert zudem Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen der NDC-Partnerschaft über bestehende globale und bilaterale Vorhaben der GIZ sowie internationaler Organisationen wie beispielsweise der Weltbankgruppe, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme – UNDP), dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Environment Programme – UNEP) sowie im Rahmen der Deutschen Klima- und Technologieinitiative (DKTI) des BMZ und der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) des BMU. Seit Bestehen der Partnerschaft hat Deutschland in diesem Zusammenhang Projekte und Programme zur Umsetzung nationaler Klimaschutzbeiträge in Entwicklungsländern in Höhe von insgesamt etwa 500 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Bundesregierung richtet darüber hinaus ihre internationale Klima- und klimarelevante Finanzierung insgesamt auf die NDC-Umsetzung aus.

- b) Welche Ansätze der Kohlenstoffdioxid-Reduktion werden im Rahmen der NDC-Partnerschaft verfolgt?

Im Übereinkommen von Paris verpflichten sich die Vertragsparteien zur Umsetzung von NDC, die die Emissionsminderungsziele sowie größtenteils auch Ziele zur Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels umfassen. Dadurch soll der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter zwei Grad Celsius, möglichst auf 1,5 Grad Celsius, über dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden. Im Abkommen wurde darüber hinaus ein Ambitionsmechanismus eingerichtet, durch welchen die NDC alle fünf Jahre aktualisiert und ambitioniert fortgeschrieben werden sollen, beginnend im Jahr 2020.

Speziell zur Emissionsreduktion unterstützt die Partnerschaft verschiedene Ansätze. Dazu gehören:

- die Stärkung oder Ergänzung von Treibhausgasemissionszielen,
- die Stärkung oder Ergänzung von nationalen Klimapolitiken, -strategien und -maßnahmen,
- die Stärkung oder Ergänzung von sektoralen Zielen sowie
- die Umsetzung des bestehenden NDC, ausgerichtet an langfristigen Zielen.

Die Partnerschaft arbeitet anfragebasiert, das heißt sie unterstützt angepasst an die länderspezifischen Bedarfe, wenn ein Unterstützungsgesuch eines seiner Mitgliedsländer vorliegt. In Hinblick auf die alle fünf Jahre zu aktualisierenden NDC legt die Partnerschaft durch das 2019 gestartete CAEP zur kurzfristigen technischen Unterstützung der NDC-Überarbeitung einen Schwerpunkt darauf, Mitgliedsländer dabei zu unterstützen, ambitionierte NDC zu entwickeln und umzusetzen.

- c) Wer sind die 130 Mitglieder der NDC-Partnerschaft, und in welchen Ländern sind diese jeweils aktiv?

Die NDC-Partnerschaft umfasst derzeit 183 Mitglieder, davon 112 Länder (18 industrialisierte Länder sowie 94 Entwicklungs- und Schwellenländer),

42 internationale Organisationen und Entwicklungsbanken sowie 29 assoziierte Mitglieder. Darüber hinaus wird im Einzelnen auf die Übersichten der NDC-Partnerschaft verwiesen (<https://ndcpartnership.org/members> sowie <https://ndcpartnership.org/countries-map>).

37. Wurden Leistungen externer Dritter im Rahmen der Kompensation der Kohlenstoffdioxid-Emissionen des BMZ in Anspruch genommen (http://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Ministerium/Zweiseiter_Klimaneutrales_BMZ_2020.pdf), und wenn ja, welche Kosten sind hierdurch entstanden?

Ja. Für die Kompensation der Treibhausgasemissionen des BMZ der Jahre 2017, 2018 und 2019 über einen externen Kompensationsdienstleister entstanden Kosten in Höhe von insgesamt 61.962,50 Euro.

38. Welche 55 Projekte umfasst der 10-Punkte-Aktionsplan „Meeresschutz und nachhaltige Fischerei“ (s. S. 5 der Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“; bitte nach Projekttitel, Projektnummer, Projektland und Projektkosten aufschlüsseln)?

Es wird auf die Übersicht in Anlage 2 verwiesen. Hinsichtlich der Angabe der Projektnummer wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 19/16828 verwiesen.

39. Wie hoch ist die Zahl der deutschen Kommunen, die sich aktuell in Programmen und Maßnahmen des BMZ engagieren, und welche deutschen Kommunen sind dies jeweils (siehe S. 6 der Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“)?

Es wird auf die Übersicht in Anlage 3 verwiesen.

40. Wie viele Beratungen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung durch die Agentur für Wirtschaft und Entwicklung (AWE) zum jetzigen Stand durchgeführt (siehe S. 6 der Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“)?

Nach aktuellem Stand hat die Agentur für Wirtschaft (AWE) insgesamt 6.081 Beratungen seit 2016 durchgeführt.

- a) Wie hoch sind die jährlichen Kosten für die AWE?

Die jährlichen Kosten der AWE waren in der 19. Legislaturperiode wie folgt:

Haushaltsjahr	Ausgaben in Euro
2017	2.093.308,00
2018	2.738.496,00
2019	4.981.793,00
2020	5.311.793,00

Die Kostensteigerung zwischen 2018 und 2019 resultiert aus einer strategischen Stärkung der AWE (Erhöhung der Beratungskapazitäten, Ausbau des

Helpdesk Wirtschaft und Menschenrechte, Einführung neuer IT-Tools, erweiterte Öffentlichkeitsarbeit).

- b) Werden die Beratungen seitens der AWE und des BMZ kategorisiert, und wenn ja, welche Kategorien sind dies?

Die Beratungen werden nach Branchenzugehörigkeit und Region (Kontinent/Land) kategorisiert. Die Branchen sind:

- Abfall und Wasser,
- Anlagenbau,
- Bau,
- Bildung,
- Elektrotechnik,
- Energie,
- Finanzwirtschaft,
- Flüchtlinge,
- Gesundheit,
- Handel,
- Helpdesk Wirtschaft und Menschenrechte,
- IKT,
- Kreativwirtschaft,
- Landwirtschaft/Ernährung,
- Maschinenbau,
- Mobilität,
- Sicherheit,
- Textil,
- Tourismus und
- Umwelt.

- c) Wie viele der durchgeführten Beratungen haben nach Kenntnis der Bundesregierung nachweislich zu Investitionen aus der Privatwirtschaft geführt?

Die AWE berät in Bezug auf alle Kooperations-, Förder- und Finanzierungsinstrumente der deutschen EZ. Die weiterführende Prüfung der Beratungsfälle sowie die abschließende Entscheidung über eine Finanzierung, Förderung oder Kooperation erfolgen durch die für das jeweilige Instrument zuständige DO bzw. obliegt letztlich der Entscheidung der Unternehmen.

41. Inwiefern ist die Steigerung der Zahl der in der Entwicklungszusammenarbeit engagierten privaten deutschen Stiftungen seit 2016 auf fast 2 000 auf die Tätigkeiten der Bundesregierung zurückzuführen (siehe S. 6 der Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“)?

42. Welche 2 000 Stiftungen sind nach Kenntnis der Bundesregierung entwicklungspolitisch engagiert (s. Frage 41, bitte Stiftungen benennen)?

Die Fragen 41 und 42 werden gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung stützt sich in ihrer Aussage zum Engagement privater Stiftungen in der EZ auf Publikationen und Erhebungen des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen (u. a. Online-Navigationshilfe, abrufbar unter <https://stiftungssuche.de/>).

Das BMZ unterstützt gezielt die Arbeit privater Stiftungen in der EZ im Sinne der Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele. Neben der Durchführung von Fachveranstaltungen und der Veröffentlichung von einschlägigen Publikationen wurde hierzu 2016 die Servicestelle für Stiftungen und Philanthropie innerhalb der Engagement Global gGmbH – Service für Entwicklungsinitiativen gegründet, die private deutsche Stiftungen bei der Internationalisierung ihrer Tätigkeit berät. Ferner werden seit 2017 EZ-Scouts in deutsche Verbände des Stiftungswesens und andere zentrale Einrichtungen mit multiplikativer Wirkung entsandt, die als Ansprechpersonen für die EZ tätig sind und eine Verbreitung des Themas in der Stiftungslandschaft fördern.

43. Wie viele der im Rahmen des Entwicklungsinvestitionsfonds bereitgestellten Mittel für die Privatwirtschaft wurden zum jetzigen Zeitpunkt abgerufen oder in Anspruch genommen (siehe S. 7 der Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“; bitte nach Fonds „AfricaConnect“ und „AfricaGrow“ sowie „Wirtschaftsnetzwerk Afrika“ aufschlüsseln)?

Die Bundesregierung hat über den Einzelplan 23 für AfricaConnect bislang 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Diese Mittel wurden bereits vollumfänglich in Anspruch genommen.

Für AfricaGrow hat die Bundesregierung über den Einzelplan 23 bislang 507 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, von denen bereits 322 Millionen Euro in Anspruch genommen wurden.

Für das Wirtschaftsnetzwerk Afrika wurden über den Einzelplan 09 bislang 22,66 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, von denen 2,5 Millionen Euro bereits in Anspruch genommen wurden.

44. Inwiefern zeigen die „neuen Ansätze [des BMZ] bereits Wirkung“ (siehe S. 7 der Publikation „Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der 19. Legislaturperiode“) im Hinblick darauf, dass deutsche Investitionen in Afrika seit Beginn der aktuellen Legislaturperiode um etwa 10 Prozent gestiegen sind (ebd.), vor dem Hintergrund, dass die beispielsweise angeführten Exportkreditgarantien (sogenannte Hermesbürgschaften, ebd.) in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie fallen?
45. Sind Exportkreditgarantien (s. Frage 44) nach Auffassung der Bundesregierung ein Instrument der deutschen Entwicklungszusammenarbeit?
46. Sind Exportkreditgarantien (s. Frage 44) nach Auffassung der Bundesregierung entwicklungsfördernd?

Die Fragen 44 bis 46 werden zusammen beantwortet.

Die Exportkreditgarantien des Bundes sind ein Außenwirtschaftsförderinstrument. Ihr Ziel ist es, die deutsche Exportwirtschaft zu unterstützen und im

internationalen Wettbewerb zu stärken. Mit Exportkreditgarantien können sich deutsche Exporteure und exportfinanzierende Banken gegen politisch und wirtschaftlich bedingten Zahlungsausfall der ausländischen Besteller absichern. Die Deckungsnehmer entrichten hierfür ein risikoadäquates Entgelt. Exportkreditgarantien sind ein selbsttragendes Instrument; sie enthalten keine Fördermittel oder Geldzuwendungen/Subventionen.

Die Entscheidungen zur Übernahme von Exportkreditgarantien des Bundes werden auf Einzelfallbasis und im Konsens von den vier im Interministeriellen Ausschuss (IMA) für die Exportkreditgarantien des Bundes vertretenen Ressorts (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Bundesministerium der Finanzen, Auswärtiges Amt und BMZ) getroffen. Dies stellt sicher, dass außen-, wirtschafts- und entwicklungspolitische Bewertungen in die zu treffenden Entscheidungen einfließen.

Die mit Exportkreditgarantien des Bundes abgesicherten Ausfuhrgeschäfte entfalten Wirkungen im Bestellerland. Sie leisten mittelbar einen wirtschafts- und zum Teil entwicklungsfördernden Beitrag in den Zielländern.

So können Hermesdeckungen z. B. dazu beitragen, bestimmte entwicklungsrelevante Prozesse – wie z. B. die Elektrifizierung von ländlichen Regionen oder den Aufbau eines Gesundheitssystems – positiv zu beeinflussen. Ohne staatliche Deckung in Form von Exportkreditgarantien kämen derartige entwicklungsfördernde Geschäfte in zahlreichen Entwicklungs- und Schwellenländermärkte nicht zustande, da der private Markt hier kein adäquates Absicherungsangebot bereitstellt.

Anlage 1 zur Antwort auf die Kleine Anfrage Bundestagsdrucksache 19/22984 (Fragen 9 und 9a) Übersicht SEWOH-Vorhaben				
Mittlempfänger (Land / Region)	Vorhaben	Zielsetzung		Betrag (in Mio. Euro)
Afrika	Fonds zur Förderung von Innovationen in der Agrar- und Ernährungswirtschaft	Ziel ist es, Innovationen in den Bereichen Agrarwirtschaft und Agrarhandel kontext- und zielgruppenspezifisch zur Anwendung zu bringen.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	43
Afrika	Ernährungssicherung und Resilienzstärkung	Ziel ist es, Unter- und Mangelernährung bei der Zielgruppe gezielt zu bekämpfen und einen Beitrag zur Stärkung der Resilienz von ernährungsunsicheren Haushalten in fragilen Kontexten zu leisten.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	45
Afrika	Fonds zur Förderung von landwirtschaftlichen Sozialunternehmen in Afrika (SEFAA)	Ziel ist es, Finanzierungen für Sozialunternehmen, Produkte und Dienstleistungen für bäuerliche Betriebe in Afrika zu entwickeln und zu vertreiben.	KfW	20
Afrika	Wissenszentrum für Ökologischen Landbau in Afrika	Ziel ist es, Wissenshubs als innovatives Konzept für den ökologischen Landbau zu fördern und in den Regionen West-, Ostafrika und südliches Afrika erfolgreich umzusetzen.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	6
Afrika	Förderung der Agrarfinanzierung für agrarbasierte Unternehmen im ländlichen Raum	Ziel ist es, die Versorgung landwirtschaftlicher Betriebe und agrarbasierter Unternehmen mit bedarfsorientierten Finanzprodukten für agrarbasierte Geschäftsmodelle zu verbessern.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	21
Afrika	Ernährungssicherung und Resilienzstärkung	Ziel ist es, Unter- und Mangelernährung bei der Zielgruppe gezielt zu bekämpfen und einen Beitrag zur Stärkung der Resilienz von ernährungsunsicheren Haushalten in fragilen Kontexten zu leisten.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	6,3
Afrika	Wissenszentrum für Ökologischen Landbau in Afrika	Ziel ist es, Wissenshubs als innovatives Konzept für den ökologischen Landbau zu fördern und in den Regionen West-, Ostafrika und südliches Afrika erfolgreich umzusetzen.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	10
Afrika	Skalierung von digitalen Agrarinnovationen durch Start-ups (SAIS)	Ziel ist es, ausgewählte Start-ups beim Kapazitätsaufbau zu unterstützen.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	5
Afrika	My Agro	Ziel ist es, eine Nichtregierungsorganisation bei der Ausweitung der Tätigkeit zu unterstützen.	KfW	12
Afrika	Babban Gona - Begleitmaßnahme	Ziel ist es, einen Beitrag zur Unterstützung eines armutsreduzierenden Strukturwandels der Landwirtschaft und des ländlichen Raums durch bessere Ernährungssicherheit sowie zur Unterstützung von Innovationen zur Steigerung agrarischer Wertschöpfung zu leisten.	KfW	2
Afrika	Babban Gona	Ziel ist es, einen Beitrag zur Unterstützung eines armutsreduzierenden Strukturwandels der Landwirtschaft und des ländlichen Raums durch bessere Ernährungssicherheit sowie zur Unterstützung von Innovationen zur Steigerung agrarischer Wertschöpfung zu leisten.	KfW	11
Afrika	Ernährungssicherung und Resilienzstärkung	Ziel ist es, Unter- und Mangelernährung bei der Zielgruppe gezielt zu bekämpfen und einen Beitrag zur Stärkung der Resilienz von ernährungsunsicheren Haushalten in fragilen Kontexten zu leisten.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	61,2
Afrika	Zentrum für Klima-intelligente Entwicklung der Tierhaltung	Ziel ist es, die Produktivität der Tierhaltung zu steigern, Anpassungsstrategien an den Klimawandel für Tierhaltungssysteme zu entwickeln und Treibhausgas-Emissionsintensitäten aus der Tierhaltung zu verringern.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	11
Afrika	Förderung der Agrarfinanzierung für agrarbasierte Unternehmen im ländlichen Raum	Ziel ist es, die Versorgung landwirtschaftlicher Betriebe und agrarbasierter Unternehmen mit bedarfsorientierten Finanzprodukten für agrarbasierte Geschäftsmodelle zu verbessern.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	5,6
Afrika	Ernährungssicherung und Resilienzstärkung	Ziel ist es, Unter- und Mangelernährung bei der Zielgruppe gezielt zu bekämpfen und einen Beitrag zur Stärkung der Resilienz von ernährungsunsicheren Haushalten in fragilen Kontexten zu leisten.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	45,5

Anlage 1 zur Antwort auf die Kleine Anfrage Bundestagsdrucksache 19/22984 (Fragen 9 und 9a) Übersicht SEWOH-Vorhaben				
Mittlempfänger (Land / Region)	Vorhaben	Zielsetzung		Betrag (in Mio. Euro)
Afrika	Fazilität zur Finanzierung landwirtschaftlicher Wertschöpfungsketten / LAFCO - Lending for African Farming	Ziel ist es, die Einbindung von Kleinbauern in agrarische Wertschöpfungsketten zu verbessern.	KfW	rund 10,5
Afrika	Förderung der Agrarfinanzierung für agrarbasierte Unternehmen im ländlichen Raum	Ziel ist es, die Versorgung landwirtschaftlicher Betriebe und agrarbasierter Unternehmen mit bedarfsorientierten Finanzprodukten für agrarbasierte Geschäftsmodelle zu verbessern.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	9,5
Afrika	Ernährungssicherung und Resilienzstärkung	Ziel ist es, Unter- und Mangelernährung bei der Zielgruppe gezielt zu bekämpfen und einen Beitrag zur Stärkung der Resilienz von ernährungsunsicheren Haushalten in fragilen Kontexten zu leisten.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	9,7
Afrika	Förderung der Agrarfinanzierung für agrarbasierte Unternehmen im ländlichen Raum	Ziel ist es, die Versorgung landwirtschaftlicher Betriebe und agrarbasierter Unternehmen mit bedarfsorientierten Finanzprodukten für agrarbasierte Geschäftsmodelle zu verbessern.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	2,6
Afrika	Ernährungssicherung und Resilienzstärkung	Ziel ist es, Unter- und Mangelernährung bei der Zielgruppe gezielt zu bekämpfen und einen Beitrag zur Stärkung der Resilienz von ernährungsunsicheren Haushalten in fragilen Kontexten zu leisten.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	rund 27,5
Afrika	Ernährungssicherung und Resilienzstärkung	Ziel ist es, Unter- und Mangelernährung bei der Zielgruppe gezielt zu bekämpfen und einen Beitrag zur Stärkung der Resilienz von ernährungsunsicheren Haushalten in fragilen Kontexten zu leisten.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	rund 41,6
Afrika südlich der Sahara	Fonds zur Förderung von landwirtschaftlichen Sozialunternehmen in Afrika (SEFAA) - Begleitmaßnahme	Ziel ist es, Finanzierungen für Sozialunternehmen zur Verfügung, die Produkte und Dienstleistungen für bäuerliche Betriebe in Afrika zu entwickeln und zu vertreiben.	KfW	5
Afrika südlich der Sahara	Afrika-Fenster des Eco-Business-Fund	Ziel ist es, Finanzdienstleistungen für ressourcennaturschutz-, und biodiversitätsfreundliche Wirtschaftsformen bereitzustellen.	KfW	10
Afrika südlich der Sahara	Ernährungssicherung durch Maßnahmen der Übergangshilfe in Subsahara-Afrika	Ziel ist es, die Ernährungssituation der ländlichen Bevölkerung und insbesondere von Frauen in den drei fragilen Ländern Burundi, DR Kongo und Südsudan zu verbessern.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	0,5
Afrika südlich der Sahara	Afrika-Fenster des Eco-Business-Fonds Begleitmaßnahme	Ziel ist der Erhalt natürlicher Ressourcen, eine nachhaltige Ernährungssicherheit und Beschäftigungsförderung sowie der Schutz der Biodiversität durch die effiziente und bedarfsgerechte Bereitstellung von Kapital für biodiversitätsschonende, ressourceneffiziente sowie nachhaltige Produktionsformen in den Sektoren nachhaltige Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei und naturnaher Tourismus.	KfW	2
Afrika südlich der Sahara	Afrika-Fenster des Eco-Business-Fonds	Ziel ist der Erhalt natürlicher Ressourcen, eine nachhaltige Ernährungssicherheit und Beschäftigungsförderung sowie der Schutz der Biodiversität durch die effiziente und bedarfsgerechte Bereitstellung von Kapital für biodiversitätsschonende, ressourceneffiziente sowie nachhaltige Produktionsformen in den Sektoren nachhaltige Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei und naturnaher Tourismus.	KfW	18
Afrika südlich der Sahara	Förderung ernährungssensitiver Kartoffelwertschöpfungsketten in Ostafrika	Ziel ist es, einen Beitrag zur Verbesserung der Einkommens- und Ernährungssituation, insbesondere in ländlichen Regionen, zu leisten.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	2,9

Anlage 1 zur Antwort auf die Kleine Anfrage Bundestagsdrucksache 19/22984 (Fragen 9 und 9a) Übersicht SEWOH-Vorhaben				
Mittlempfänger (Land / Region)	Vorhaben	Zielsetzung		Betrag (in Mio. Euro)
Afrika südlich der Sahara	One Acre Fund	Ziel ist ein Beitrag zur Unterstützung eines armutsreduzierenden Strukturwandels der Landwirtschaft und des ländlichen Raums, zur Bekämpfung von Hunger durch bessere Ernährungssicherheit sowie Unterstützung von Innovationen zur Steigerung agrarischer Wertschöpfung.	KfW	10
Afrika südlich der Sahara	Matching Grant Fazilität II	Ziel ist die Erlangung einer kaufmännischen Ausbildung und Bereitstellung von Investitionszuschüssen für vor- und nachgelagerte Klein- und Mittelunternehmer im Agrarsektor der Grünen Innovationszentren.	KfW	1,7
Afrika südlich der Sahara	Finanzdienstleistungen für agrarbasierte KKMU in Nigeria und Malawi	Ziel ist eine Verbesserung des Zugangs zu Finanzdienstleistungen, z.B. durch frist- und bedarfsgerechte Darlehensvergabe.	KfW	6,3
Afrika südlich der Sahara	Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika	Ziel ist es, die Produktivität des kleinbäuerlichen Anbaus von Nahrungskulturen in Ghana und Burkina Faso und ihre Vermarktungsanteile nachhaltig zu steigern.	KfW	10
Afrika südlich der Sahara	Förderung ernährungssensitiver Kartoffelwertschöpfungsketten in Ostafrika	Ziel ist es, einen Beitrag zur Verbesserung der Einkommens- und Ernährungssituation, insbesondere in ländlichen Regionen, zu leisten.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	2
Afrika südlich der Sahara	Förderung ernährungssensitiver Kartoffelwertschöpfungsketten in Ostafrika	Ziel ist es, einen Beitrag zur Verbesserung der Einkommens- und Ernährungssituation, insbesondere in ländlichen Regionen, zu leisten.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	5
Afrika südlich der Sahara	Ernährungssicherung durch Maßnahmen der Übergangshilfe in Subsahara-Afrika	Ziel ist es, die Ernährungssituation der ländlichen Bevölkerung und insbesondere von Frauen in den drei fragilen Ländern Burundi, DR Kongo und Südsudan zu verbessern.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	9,5
Äthiopien	Verbesserung der Ernährungssicherung und des Katastrophenrisikomanagements zur Stärkung der Resilienz in Afar / Äthiopien	Ziel ist es, einen verbesserten Zugang zu Wasser, zu produktiv nutzbarer Fläche und zu Vermarktungsmöglichkeiten bereitzustellen.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	0,5
Äthiopien	Rural Resilience Initiative R4 in ETH	Ziel ist es, die Resilienz kleinbäuerlicher Haushalte gegen die Folgen des Klimawandels zu stärken und die Ernährungssicherheit der ländlichen Bevölkerung in der Projektregion zu verbessern.	KfW	20
Äthiopien	TREE Poject, Trilaterale Resilienz Erweiterung im äthiopischen Tiefland (Afar Region), Kooperation DEU-ISR-ETH	Ziel ist es, zusätzliche Einkommensquellen für die lokale Bevölkerung zu schaffen und ihre Resilienz gegen die Folgen des Klimawandels zu stärken.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	1
Äthiopien	Verbesserung der Ernährungssicherung und des Katastrophenrisikomanagements zur Stärkung der Resilienz in Afar / Äthiopien	Ziel ist es, einen verbesserten Zugang zu Wasser, zu produktiv nutzbarer Fläche und zu Vermarktungsmöglichkeiten bereitzustellen.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	5
Äthiopien	Stärkung der Dürre-resilienz und Erhöhung der Ernährungssicherheit in ariden und semi-ariden Regionen	Ziel ist es, die Bevölkerung in die Lage zu versetzen, ihre natürlichen Lebensgrundlagen unter sich verändernden Klimabedingungen nachhaltig zu bewirtschaften und ihre Ernährungssituation dadurch nachhaltig zu verbessern.	KfW	10
Benin	Ländliche Finanzierung Benin 2. Phase	Ziel ist es, zur Verbesserung der Produktivität im ländlichen Raum und damit zur Ernährungssicherung, zur Schaffung und Sicherung von Einkommen und Arbeitsplätzen sowie zur Vertiefung und Verbreiterung des Finanzsystems beizutragen.	KfW	10

Anlage 1 zur Antwort auf die Kleine Anfrage Bundestagsdrucksache 19/22984 (Fragen 9 und 9a) Übersicht SEWOH-Vorhaben				
Mittlempfänger (Land / Region)	Vorhaben	Zielsetzung		Betrag (in Mio. Euro)
Benin	Ländliche Finanzierung Benin	Ziel ist es, zur Verbesserung der Produktivität im ländlichen Raum und damit zur Ernährungssicherung, zur Schaffung und Sicherung von Einkommen und Arbeitsplätzen sowie zur Vertiefung und Verbreiterung des Finanzsystems beizutragen.	KfW	10,9
Burkina Faso	Cash Transfers zur Ernährungssicherung	Ziel ist es, die Ernährungssicherheit der Zielgruppe in der Provinz Ioba zu verbessern und Mangelernährung zu reduzieren.	KfW	20
Burkina Faso	Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktivität durch boden- und wasserkonservierende Maßnahmen in Burkina Faso	Ziel ist die Steigerung des Ertrags und der Produktivität der Landwirtschaft durch Rehabilitierung von Flächen.	KfW	5,5
Burkina Faso	Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktivität durch boden- und wasserkonservierende Maßnahmen	Ziel ist die Steigerung des Ertrags und der Produktivität der Landwirtschaft durch Rehabilitierung von Flächen.	KfW	4
Burkina Faso	Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktivität durch boden- und wasserkonservierende Maßnahmen	Ziel ist es, die Ernährungssituation der Zielgruppe dauerhaft zu verbessern.	KfW	10
Burundi	Unterstützung der Ernährungssicherung und des Gesundheitssystems über UNICEF in Burundi	Ziel ist es, einen Beitrag zur Bekämpfung von Mangel- und Unterernährung bei Kindern in der aktuellen Krisensituation zu leisten sowie darüber hinaus durch strukturbildende Maßnahmen der Basisgesundheitsversorgung von Müttern und Kindern mittel- bis langfristig zu verbessern.	KfW	6,2
Burundi	Programm zur Ernährungssicherung durch Übergangshilfe-maßnahmen	Ziel ist die Wissensaufbereitung und Vorbereitung des Ernährungssicherungs-Regionalprogramms in Burundi.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	0,3
Kenia	Equity for Africa Group - EFAG Begleitmaßnahme	Ziel ist es, zusätzliche Arbeitsplätze und Einkommen für Kleinbauern und Arbeitsuchende in Kenia und anderen afrikanischen Ländern zu schaffen.	KfW	1
Kenia	Equity for Africa Group - EFAG	Ziel ist es, zusätzliche Arbeitsplätze und Einkommen für Kleinbauern und Arbeitsuchende in Kenia und anderen afrikanischen Ländern zu schaffen.	KfW	9
Kenia	Agrarfinanzierung Kenia Aufstockung	Ziel ist es, einen Beitrag zur Steigerung von Investitionen zu leisten und Produktivität und Einkommen im ländlichen Raum zu erhöhen.	KfW	1
Kenia	Agrarfinanzierung Kenia - Zugang zu Agrarfinanzdienstleistungen für KKMU	Ziel ist es, einen Beitrag zur Steigerung von Investitionen zu leisten und Produktivität und Einkommen im ländlichen Raum zu erhöhen.	KfW	12
Kongo, Demokratische Republik	Verbesserung der sozialen und produktiven Lebensgrundlagen von Binnenflüchtlingen, Rückkehrern und ortsansässiger Bevölkerung	Ziel ist es, die sozialen und produktiven Lebensgrundlagen von Binnenflüchtlingen, Rückkehrern und ortsansässiger Bevölkerung in ausgewählten Gemeinden im Bezirk Kalemie zu verbessern.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	rund 3
Malawi	Multisektorales Ernährungssicherungsprogramm einschließlich frühkindlicher Förderung	Ziel ist es, zu einer verbesserten Gesundheit der Zielgruppe beizutragen.	KfW	19,3
Malawi	Multisektorales Ernährungssicherungsprogramm Malawi	Ziel ist die Bekämpfung von Mangelernährung der Zielgruppe.	KfW	9
Malawi	Multisektorales Ernährungsprogramm in Malawi (UNICEF)	Ziel ist es, einen Beitrag zur Verminderung von Unter- und Mangelernährung in Malawi zu leisten.	KfW	9

Anlage 1 zur Antwort auf die Kleine Anfrage Bundestagsdrucksache 19/22984 (Fragen 9 und 9a) Übersicht SEWOH-Vorhaben				
Mittlempfänger (Land / Region)	Vorhaben	Zielsetzung		Betrag (in Mio. Euro)
Mali	Agrarfinanzierung Mali	Ziel ist es, zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität und damit zur Ernährungssicherung, zur Schaffung und Sicherung von Einkommen und Arbeitsplätzen sowie zur Vertiefung und Verbreiterung des Finanzsystems beizutragen.	KfW	10
Sambia	Cash Transfers zur Ernährungssicherung und Abfederung der Folgen der COVID 19 Pandemie	Ziel ist die Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie für die vulnerablen Bevölkerungsgruppen und Stabilisierung von deren Ernährungssituation.	KfW	rund 8,8
Sambia	Modernisierung des Agrarsektors in Sambia	Ziel ist es, Kleinbauern einen Zugang zu Finanzierung für notwendige Investitionen in die Modernisierung ihrer landwirtschaftlichen Produktion zu bieten.	KfW	4
Sambia	Modernisierung des Agrarsektors in Sambia	Ziel ist es, zu einem verbesserten Zugang zu Finanzdienstleistungen für Kleinbauern in Sambia beizutragen.	KfW	6,5
Somalia	Ernährungssicherung und Fischerei	Ziel ist u.a. die Reduktion von Fangverlusten und eine Verbesserung des Zugangs der Zielgruppe zu hochwertigen Fischprodukten sowie der Bau oder die Rehabilitation von Infrastruktureinrichtungen für Gesundheit und Fischvermarktung.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	1,8
Somalia	Ernährungssicherung und Fischerei	Ziel ist u.a. die Reduktion von Fangverlusten und eine Verbesserung des Zugangs der Zielgruppe zu hochwertigen Fischprodukten sowie der Bau oder die Rehabilitation von Infrastruktureinrichtungen für Gesundheit und Fischvermarktung.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	5,5
Südsudan, Republik	Rural Governance in Südsudan	Ziel ist der Aufbau von Kapazitäten ausgewählter lokaler Verwaltungen und die Schulung der lokalen Bevölkerung zu Möglichkeiten der Beteiligung und Planungsprozessen.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	3
Indien	Klimaanpassung und Bodenrehabilitierung in Indien	Ziel ist die Steigerung des Ertrags und der Produktivität der Landwirtschaft durch bodenkonservierende Maßnahmen.	KfW	4,5
Indien	Klimaanpassung und Bodenrehabilitierung in Wassereinzugsgebieten in Indien	Ziel ist die Stärkung der Anpassungsfähigkeit der Zielgruppe gegenüber Klimawandel bzw. -variabilität durch eine Verbesserung und nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen Boden und Wasser.	KfW	5
Indien	Klimaanpassung und Bodenrehabilitierung in Wassereinzugsgebieten	Ziel ist die Stärkung der Anpassungsfähigkeit der Kleinbauern an Marginalstandorten gegenüber Klimawandel bzw. -variabilität.	KfW	10
Kambodscha	Verbesserung der Lebensgrundlagen und Ernährungssicherung ehemals landloser und landarmer Haushalte in Kambodscha	Ziel ist die Verbesserung der Lebensgrundlagen und Ernährungssicherung der Zielgruppe.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	0,8
Kambodscha	Ernährungsprogramm Weltbank Kambodscha	Ziel ist es, einen Beitrag zur Verbesserung ernährungsrelevanter Gesundheitsdienstleistungen für die Zielgruppe zu leisten.	KfW	10
Kambodscha	Verbesserung der Ernährungssicherung ehemals landloser und landarmer Haushalte in Kampong Chhnang, Kampong Speu, Kampong Thom und Kratie	Ziel ist es, zu einer gesteigerten Ernährungssicherung der Zielgruppe beizutragen und relevanten Akteuren die Bedeutung von sozialen Landkonzessionen zu vermitteln.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	5
Kambodscha	Verbesserung der Lebensgrundlagen und Ernährungssicherung ehemals landloser und landarmer Haushalte in Kambodscha	Ziel ist es, die Lebensgrundlagen und die Ernährungssicherung der Zielgruppe nachhaltig zu verbessern.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	1,8

Anlage 1 zur Antwort auf die Kleine Anfrage Bundestagsdrucksache 19/22984 (Fragen 9 und 9a) Übersicht SEWOH-Vorhaben				
Mittlempfänger (Land / Region)	Vorhaben	Zielsetzung		Betrag (in Mio. Euro)
Kambodscha	Verbesserung der Lebensgrundlagen und Ernährungssicherung ehemals landloser und landarmer Haushalte in Kambodscha	Ziel ist es, die Lebensgrundlagen und die Ernährungssicherung der Zielgruppe nachhaltig zu verbessern.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	2,9
Weltweite Maßnahmen	Nachhaltigkeit und Wertschöpfungssteigerung in der Baumwollwirtschaft	Ziel ist es, die Produktion von nachhaltiger Baumwolle zu steigern und nachgelagerte Verarbeitungsstufen zu stärken.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	17
Weltweite Maßnahmen	Wiederherstellung von walddreichen Landschaften und gute Regierungsführung im Waldsektor	Ziel ist es, einen Beitrag zu den internationalen Zielen zu leisten, bis zum Jahr 2020 die Entwaldung zu halbieren und bis zum Jahr 2030 die Zerstörung natürlicher Walder zu beenden sowie 350 Millionen Hektar entwaldete und geschädigte Waldlandschaften wiederherzustellen.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	15
Weltweite Maßnahmen	Beschäftigung im ländlichen Raum, Fokus Jugend	Ziel ist es, die Beschäftigung von jungen Menschen im ländlichen Raum zu fördern.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	26,5
Weltweite Maßnahmen	Beschäftigung im ländlichen Raum, Fokus Jugend	Ziel ist es, die Beschäftigung von jungen Menschen im ländlichen Raum zu fördern.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	5
Weltweite Maßnahmen	Begleitmaßnahme zum Vorhaben "Fazilität zur Finanzierung landwirtschaftlicher Wertschöpfungsketten"	Begleitmaßnahme zur Identifizierung der Wirkungen und Ausweitung.	KfW	2
Weltweite Maßnahmen	Fazilität zur Finanzierung landwirtschaftlicher Wertschöpfungsketten	Ziel ist die Finanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen im landwirtschaftlichen Bereich in Afrika.	KfW	rund 9,5
Weltweite Maßnahmen	Beleitmaßnahme zum Vorhaben "Fazilität zur Finanzierung landwirtschaftlicher Wertschöpfungsketten"	Begleitmaßnahme zur Heranführung von Kunden der Grünen Innovationszentren an den Finanzsektor.	KfW	2
Entwicklungsländer (regional)	Stärkung bäuerlicher Organisationen für nachhaltige Agrarentwicklung	Ziel ist es, die Rolle bäuerlicher Organisationen für eine nachhaltige ländliche Entwicklung zu stärken.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	4
Entwicklungsländer (regional)	Grüne Innovationszentren in der Agrar- und Ernährungswirtschaft	Ziel ist es, in 12 afrikanischen Ländern und Indien einen Beitrag zur Verringerung von Armut, zur Förderung von Beschäftigung und zur besseren Versorgung mit Grundnahrungsmitteln zu leisten.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	69,5
Entwicklungsländer (regional)	Flankierung der grünen Innovationszentren in der Agrar- und Ernährungswirtschaft	Ziel ist die Flankierung der Grünen Innovationszentren	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	rund 2,7
Entwicklungsländer (regional)	Weltreuehandfonds für Kulturpflanzenvielfalt	Ziel ist es, einen Beitrag zum nachhaltigen Betrieb von nationalen und internationalen Saatgutbanken und zu deren effizientem Management zu leisten.	KfW	10
Entwicklungsländer (regional)	Water and Energy for Food (WE4F)	Ziel ist die Verbreitung und Stärkung von klimafreundlichen, energie- und wassereffizienten Innovationen für eine produktivere und ökologisch nachhaltigere Lebensmittelproduktion.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	18
Entwicklungsländer (regional)	Knowledge for Nutrition (K4N)	Ziel ist es, die Ernährungssituation der Zielgruppe zu verbessern.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	1
Entwicklungsländer (regional)	Agrarpolitischer Beratungsfonds	Ziel ist es, die Rahmenbedingungen für die Schaffung von Einkommen und Beschäftigung im ländlichen Raum nachhaltig zu verbessern.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	9

Anlage 1 zur Antwort auf die Kleine Anfrage Bundestagsdrucksache 19/22984 (Fragen 9 und 9a)				
Übersicht SEWOH-Vorhaben				
Mittlempfänger (Land / Region)	Vorhaben	Zielsetzung		Betrag (in Mio. Euro)
Entwicklungsländer (regional)	Nachhaltige Fischerei und Aquakultur	Ziel ist die Bereitstellung von und Versorgung mit Fischprodukten aus nachhaltigem und ressourcenschonendem Wildfang und Aquakultur.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	rund 14,2
Entwicklungsländer (regional)	Verantwortungsvolle Landpolitik	Ziel ist die Sicherung von Landrechten, die Reduktion von Landkonflikten und verantwortungsvolle Landinvestitionen privater Akteure ab.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	rund 21,1
Entwicklungsländer (regional)	Stärkung bäuerlicher Organisationen für nachhaltige Agrarentwicklung	Ziel ist es, die Rolle bäuerlicher Organisationen für eine nachhaltige ländliche Entwicklung zu stärken.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	rund 7,3
Entwicklungsländer (regional)	Grüne Innovationszentren in der Agrar- und Ernährungswirtschaft	Ziel ist es, in 12 afrikanischen Ländern und Indien einen Beitrag zur Verringerung von Armut, zur Förderung von Beschäftigung und zur besseren Versorgung mit Grundnahrungsmitteln zu leisten.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	58
Entwicklungsländer (regional)	Bodenschutz und Bodenrehabilitierung für Ernährungssicherung	Ziel ist es, nachhaltige Ansätze zur breitenwirksamen Förderung von Bodenschutz und Rehabilitierung degradierter Böden in ausgesuchten Partnerländern umzusetzen.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	5
Entwicklungsländer (regional)	Stärkung der Beratungskapazitäten für Landpolitik in Afrika	Ziel ist es, die personellen und institutionellen Kapazitäten für eine nachhaltige Landpolitik zu stärken.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	7
Entwicklungsländer (regional)	Flankierung der grünen Innovationszentren in der Agrar- und Ernährungswirtschaft	Flankierung der Grünen Innovationszentren	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	6
Entwicklungsländer (regional)	Knowledge for Nutrition (K4N)	Ziel ist es, die Ernährungssituation der Zielgruppe zu verbessern.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	9,5
Entwicklungsländer (regional)	Weltreuehandfonds für Kulturpflanzenvielfalt	Ziel ist es, einen Beitrag zum nachhaltigen Betrieb von nationalen und internationalen Saatgutbanken und zu deren effizientem Management zu leisten.	KfW	10
Entwicklungsländer (regional)	Weltreuehandfonds für Kulturpflanzenvielfalt - Phase III	Ziel ist es, einen Beitrag zum nachhaltigen Betrieb von nationalen und internationalen Saatgutbanken und zu deren effizientem Management zu leisten.	KfW	10
Entwicklungsländer (regional)	Nachhaltige Fischerei und Aquakultur	Ziel ist die Bereitstellung und Versorgung von Fischprodukten aus nachhaltigem und ressourcenschonendem Wildfang und Aquakultur.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	13
Entwicklungsländer (regional)	Stärkung bäuerlicher Organisationen für nachhaltige Agrarentwicklung	Ziel ist es, die Rolle bäuerlicher Organisationen für eine nachhaltige ländliche Entwicklung zu stärken.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	5
Entwicklungsländer (regional)	Grüne Innovationszentren in der Agrar- und Ernährungswirtschaft	Ziel ist es, in 12 afrikanischen Ländern und Indien einen Beitrag zur Verringerung von Armut, zur Förderung von Beschäftigung und zur besseren Versorgung mit Grundnahrungsmitteln zu leisten.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	83,7
Entwicklungsländer (regional)	Bodenschutz und Bodenrehabilitierung für Ernährungssicherung	Ziel ist es, nachhaltige Ansätze zur breitenwirksamen Förderung von Bodenschutz und Rehabilitierung degradierter Böden in ausgesuchten Partnerländern umzusetzen.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	38
Entwicklungsländer (regional)	Stärkung der Beratungskapazitäten für Landpolitik in Afrika	Ziel ist es, die personellen und institutionellen Kapazitäten für eine nachhaltige Landpolitik zu stärken.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	3
Entwicklungsländer (regional)	Flankierung der Grünen Innovationszentren in der Agrar- und Ernährungswirtschaft	Flankierung der grünen Innovationszentren	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	rund 2
Entwicklungsländer (regional)	Agrarpolitischer Beratungsfonds	Ziel ist es, die Rahmenbedingungen für die Schaffung von Einkommen und Beschäftigung im ländlichen Raum nachhaltig zu verbessern.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	3

Anlage 1 zur Antwort auf die Kleine Anfrage Bundestagsdrucksache 19/22984 (Fragen 9 und 9a)				
Übersicht SEWOH-Vorhaben				
Mittlempfänger (Land / Region)	Vorhaben	Zielsetzung		Betrag (in Mio. Euro)
Entwicklungsländer (regional)	Weltreuehandfonds für Kulturpflanzenvielfalt	Ziel ist es, einen Beitrag zum nachhaltigen Betrieb von nationalen und internationalen Saatgutbanken und zu deren effizientem Management zu leisten.	KfW	rund 4,2
Entwicklungsländer (regional)	Nachhaltige Fischerei und Aquakultur	Ziel ist die Bereitstellung von und Versorgung mit Fischprodukten aus nachhaltigem und ressourcenschonendem Wildfang und Aquakultur.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	8
Entwicklungsländer (regional)	Stärkung bäuerlicher Organisationen für nachhaltige Agrarentwicklung	Ziel ist es, die Rolle bäuerlicher Organisationen ist für eine nachhaltige ländliche Entwicklung zu stärken.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	2,5
Entwicklungsländer (regional)	Grüne Innovationszentren in der Agrar- und Ernährungswirtschaft	Ziel ist es, in 12 afrikanischen Ländern und Indien einen Beitrag zur Verringerung von Armut, zur Förderung von Beschäftigung und zur besseren Versorgung mit Grundnahrungsmitteln zu leisten.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	72
Entwicklungsländer (regional)	Bodenschutz und Bodenrehabilitierung für Ernährungssicherung	Ziel ist es, nachhaltige Ansätze zur breitenwirksamen Förderung von Bodenschutz und Rehabilitation degradierter Böden in ausgesuchten Partnerländern umsetzen.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	rund 36,2
Entwicklungsländer (regional)	Nachhaltige Fischerei und Aquakultur	Ziel ist die Bereitstellung von und Versorgung mit Fischprodukten aus nachhaltigem und ressourcenschonendem Wildfang und Aquakultur.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	22
Entwicklungsländer (regional)	Verantwortungsvolle Landpolitik	Ziel ist die Sicherung von Landrechten, die Reduktion von Landkonflikten und verantwortungsvolle Landinvestitionen privater Akteure.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	21,7
Entwicklungsländer (regional)	Grüne Innovationszentren in der Agrar- und Ernährungswirtschaft	Ziel ist es, in 12 afrikanischen Ländern und Indien über Innovationen im Sektor einen Beitrag zur Verringerung von Armut, zur Förderung von Beschäftigung und zur besseren Versorgung mit Grundnahrungsmitteln zu leisten.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	rund 68,2
Entwicklungsländer (regional)	Bodenschutz und Bodenrehabilitierung für Ernährungssicherung	Ziel ist es, nachhaltige Ansätze zur breitenwirksamen Förderung von Bodenschutz und Rehabilitation degradierter Böden in ausgesuchten Partnerländern umzusetzen.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	32,1
Entwicklungsländer (regional)	Stärkung der Beratungskapazitäten für Landpolitik in Afrika	Ziel ist es, die Kapazitäten für eine nachhaltige Landpolitik zu stärken.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	13
Entwicklungsländer (regional)	Finanzierungsbeitrag an den Global Crop Diversity Trust	Der Weltreuehandfonds für Kulturpflanzenvielfalt ist das zentrale Instrument zur Finanzierung der internationalen Abkommen für den Erhalt pflanzengenetischer Ressourcen und damit eines der wichtigsten Instrumente für die langfristige Sicherung der Welternährung.	KfW	25
Entwicklungsländer (regional)	Verantwortungsvolle Landpolitik	Ziel ist die Sicherung von Landrechten, die Reduktion von Landkonflikten und verantwortungsvolle Landinvestitionen privater Akteure.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	15,5
Entwicklungsländer (regional)	Stärkung bäuerlicher Organisationen für nachhaltige Agrarentwicklung	Ziel ist es, die Rolle bäuerlicher Organisationen für eine nachhaltige ländliche Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zu stärken.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	9
Entwicklungsländer (regional)	Grüne Innovationszentren in der Agrar- und Ernährungswirtschaft	Ziel ist es, in 12 afrikanischen Ländern und Indien einen Beitrag zur Verringerung von Armut, zur Förderung von Beschäftigung und zur besseren Versorgung mit Grundnahrungsmitteln zu leisten.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	57,5
Entwicklungsländer (regional)	Stärkung der Beratungskapazitäten für Landpolitik in Afrika	Ziel ist es, die Kapazitäten für eine nachhaltige Landpolitik zu stärken.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	2,5
Entwicklungsländer (regional)	Flankierung der grünen Innovationszentren in der Agrar- und Ernährungswirtschaft	Flankierung der Grünen Innovationszentren	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	rund 2,1
Entwicklungsländer (regional)	Förderung agrarischer Genbanken	Ziel ist es, die sechs Agrarforschungszentren CATIE, CIAT, CIMMYT, CIP, IITA und IIRRI bei der Erhaltung pflanzengenetischer Ressourcen in Genbanken zu stärken.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	5,5

Anlage 1 zur Antwort auf die Kleine Anfrage Bundestagsdrucksache 19/22984 (Fragen 9 und 9a)				
Übersicht SEWOH-Vorhaben				
Mittlempfänger (Land / Region)	Vorhaben	Zielsetzung		Betrag (in Mio. Euro)
Entwicklungsländer (regional)	Grüne Innovationszentren in der Agrar- und Ernährungswirtschaft	Ziel ist es, in 12 afrikanischen Ländern und Indien einen Beitrag zur Verringerung von Armut, zur Förderung von Beschäftigung und zur besseren Versorgung mit Grundnahrungsmitteln zu leisten.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	81
Entwicklungsländer (regional)	Bodenschutz und Bodenrehabilitierung für Ernährungssicherung	Ziel ist es, nachhaltige Ansätze zur breitenwirksamen Förderung von Bodenschutz und Rehabilitation degradierter Böden in ausgesuchten Partnerländern umzusetzen.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	40
Entwicklungsländer (regional)	Stärkung der Beratungskapazitäten für Landpolitik in Afrika	Ziel ist es, die personellen und institutionellen Kapazitäten für eine nachhaltige Landpolitik zu stärken.	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	rund 7

**Anlage 2 zur Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/22984
(Frage 38)**

**Übersicht der 55 Vorhaben, die im Rahmen des 10-Punkte-Aktionsplans
„Meeresschutz und nachhaltige Fischerei“ (10-PAP) zum Stichtag
31. Dezember 2018 umgesetzt wurden:**

Titel	Land /Region	Volumen (Anteil 10-PAP – in Mio. Euro)
Nationales Abfallwirtschaftsprogramm	Ägypten	1,03
Integrierte nachhaltige Entwicklung der Küstenregion	Albanien	0,40
Integriertes Abfallmanagement und Meeremüllvermeidung im Westbalkan	Albanien, Bosnien und Herzegovina, Montenegro, Mazedonien, Kosovo	3,00
Abfall- und Kreislaufwirtschaft	Algerien	1,26
Stärkung von Abfallwertschöpfungsketten	Algerien	0,60
Institutionelle Stärkung des Biodiversitätssektors in ASEAN	Asien regional: ASEAN-Staaten	1,00
Förderung des Managements der Sunderbans-Mangrovenwälder für Biodiversität und verbesserte Anpassungsmöglichkeiten	Bangladesch	5,00
Verbesserung der Klimaresilienz karibischer Insel- und Küstenstaaten durch systemisches Ressourcenmanagement zu Land und zu Wasser (CATS II)	CARICOM	4,75
Schutz und nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen	Ecuador	4,00
Strategische Allianz "Reducing the Plastic Leakage into the ocean in 4 selected countries" mit LafargeHolcim	Global	1,00
SV Förderung einer verantwortungsvollen Fischerei und Aquakultur	Global	2,50
SV Konzepte nachhaltiger Abfall- und Kreislaufwirtschaft	Global	4,00
SV Umsetzung der Biodiversitätskonvention	Global	5,00
Umweltpolitik und nachhaltige Entwicklung (RioPlus)	Global	0,60
GV Nachhaltige Fischerei und Aquakultur	Global, Madagaskar, Mauretanien, Malawi, Uganda	30,00
Programm Schutz und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen	Madagaskar	0,57
Umwelt- und Klimagovernance	Marokko	0,58
Partizipatives Management von Meeres-, Küsten und Landressourcen	Mauretanien	3,63
Städtisch-industrielles Umweltmanagement in Mexiko (PGAUI II)	Mexiko	0,21

**Anlage 2 zur Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/22984
(Frage 38)**

Förderung der nachhaltigen Aquakulturentwicklung	Myanmar	2,50
Klimawandel in der pazifischen Inselregion II I (CCCPIR)	Pazifik	13,57
Verbesserung der Ernährungssicherheit vulnerabler Einwohner Kismayos, Somalia durch Zugang zu Fischprodukten	Somalia	4,82
Hochwasserschutz und Entwässerung mittelgroßer Küstenstädte Vietnams	Vietnam	1,04
Mekong Delta Resilienz Programm	Vietnam	3,50
Nationales Siedlungsabfallwirtschaftsprogramm	Ägypten	3,00
ASEAN Biodiversitätszentrum Small Grants Programme Phase II	Asien regional: ASEAN-Staaten	1,28
Blue Action Fund	Global	55,10
Beitrag zum Stiftungskapital des Fonds para el Sistema Arrecifal Mesoamericano (Fondo SAM) zur Rettung von Korallenriffen	Karibik: Barrierriff (Belize, Guatemala, Honduras, Mexiko)	7,00
Schutz von Meeresressourcen in Zentralamerika I + II	Karibik: Mesoamerikanisches Riff	5,00
Caribbean Challenge Initiative (CCI) – Regionaler Naturschutzfonds Karibik (Caribbean Biodiversity Fund – CBF)	Karibik: Small Island Developing States (SIDS)	20,00
Küstenschutz zur Anpassung an den Klimawandel in kleinen Inselstaaten der Karibik	Karibik: Small Island Developing States (SIDS)	5,40
Schutzgebiete und Biodiversität	Kolumbien	5,00
Investitionsfonds Nationalparks Madagaskar II (MNP II & III)	Madagaskar	1,50
Küsten- und Meeresschutz	Madagaskar	10,00
Fischereiüberwachung IV + V	Mauretanien	20,55
Schutz der Biodiversität in Küstengebieten	Mauretanien	25,50
Förderung von Schutzgebieten PROFONANPE III	Peru	10,00
IWRM Programm Küstenschutz I+II	Tunesien	22,90
Integrierter Küsten und Mangrovenwaldschutz zur Anpassung an den Klimawandel	Vietnam	18,00
Rehabilitierung und Schutz tropischer Mangrovenökosysteme	Asien na (nur EL)	0,80

**Anlage 2 zur Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/22984
(Frage 38)**

Beratung von Kleinfischerfamilien zu den Themen Landsicherung, soziale und Umweltrechte sowie im Bereich politischer Einflussnahme im Bundesstaat Ceará	Brasilien	0,40
Stärkung von Meeresschutzgebieten zum Schutz mariner Megafauna	Ecuador	0,75
Fischerei im Südwestlichen Indischen Ozean - Verbesserung der Governance, Lebensgrundlage und Ökosysteme	Entwicklungsländer (regional na)	5,2
Mangrovenschutz für eine intakte Umwelt und menschliche Umwelt	Entwicklungsländer (regional na)	2,10
Programm zum Management von Fischerei-Ressourcen in Eritrea	Eritrea	10
Sicherung verbesserter ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gleichheit in Ghanas Fischereisektor	Ghana	0,38
Nachhaltiger Schutz der natürlichen Ressourcen der Mangrovegebiete	Honduras	0,92
HEAL II - Ökologische Kinderrechte durch Schutz des Ökosystems Küste, Anpassung an den Klimawandel und Umweltbildung im Distrikt Kanyakumari, Tamil Nadu, Indien	Indien	0,39
Integrierte Fisch- und Gemüsezuucht zur Verbesserung der Ernährungslage und Stärkung der Resilienz benachteiligter, ruraler Haushalte in West Kenia	Kenia	1,05
IKU - Nachhaltiges Mangrovenmanagement in der Ambarobucht in Madagaskar II	Madagaskar	0,90
Erhalt mariner und küstennaher Biodiversität durch an den Klimawandel angepasste nachhaltige Ressourcennutzung der lokalen Fischergemeinden im Quirimbas Nationalpark	Mosambik	0,62
IKU - MAHLAHLE - Schutz von Wald- und Mangroven-Ökosystemen durch Einführung nachhaltiger und an den Klimawandel angepasster Nutzungssysteme in der Provinz Inhambane, Mosambik	Mosambik	0,4
Anpassung an den Klimawandel und Erhöhung der Resilienz von Kleinfischern aus 12 Dörfern an der Bogo Bay, Cebu, Philippinen (Klimafazilität)	Philippinen	0,81
Stärkung der Widerstandskraft und Anpassungsfähigkeit armer Küstengemeinden auf der Insel Siargao gegenüber Naturkatastrophen und Klimawandelfolgen	Philippinen	0,20
Unterstützung nachhaltiger, fairer Thunfisch-Fischerei in zwei der wichtigsten Fanggebiete der Philippinen - Aufbau einer MAP-Struktur.	Philippinen	0,75

**Anlage 3 zur Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/22984
(Frage 39)****Übersicht der deutschen Kommunen, die sich im Jahr 2020 über die BMZ-finanzierte
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt bei Engagement Global engagiert haben:**

Aalen
Ahaus
Aidlingen
Althengstett
Amberg
Amtzell
Arnsberg
Ascha
Aschaffenburg
Augsburg
Aurich
Babenhausen
Bad Blankenburg
Bad Bentheim
Bad Berleburg
Bad Boll
Bad Köstritz
Bad Oldesloe
Bad Säckingen
Bamberg
Barsinghausen
Baruth/Mark
Bedburg
Beelitz
Bempflingen
Bergisch Gladbach
Berlin
Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf
Berlin Friedrichshain-Kreuzberg
Berlin Marzahn-Hellersdorf
Berlin Mitte
Berlin Neukölln
Berlin Pankow
Berlin Tempelhof-Schöneberg
Berlin Treptow-Köpenick
Bersenbrück
Bielefeld
Billerbeck
Bitburg
Bitterfeld-Wolfen
Blaustein
Böblingen (Kreis)

**Anlage 3 zur Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/22984
(Frage 39)**

Bocholt
Bonn
Bottrop
Brake (Unterweser)
Brandenburg an der Havel
Braunschweig
Bremen
Bremerhaven
Brühl (Rheinland)
Bühl
Burgenlandkreis
Chemnitz
Cuxhaven
Dahme-Spreewald (Kreis)
Darmstadt
Dieburg
Dietfurt
Dinslaken
Donau-Ries (Landkreis)
Donauwörth
Dormagen
Dornstadt
Dortmund
Dresden
Duisburg
Düren
Düren (Kreis)
Düsseldorf
Ebern (Stadt)
Eichstätt
Eisenach
Elbe-Elster (Kreis)
Ellwangen
Eltville
Emden
Enkenbach-Alsenborn
Ennepetal
Enzkreis
Erfurt
Erkrath
Erlangen
Eschborn
Eschweiler
Essen

**Anlage 3 zur Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/22984
(Frage 39)**

Esslingen am Neckar
Ettlingen
Frankfurt a.M.
Frankfurt Oder
Freiburg im Breisgau
Fürth
Fürth (Landkreis)
Garbsen
Geestland (Stadt)
Gelsenkirchen
Gestratz
Gießen
Glauchau
Glienicke/Nordbahn
Göppingen
Gotha
Göttingen
Göttingen (Landkreis)
Greifswald
Groß-Gerau
Groß-Gerau (Kreis)
Gudensberg
Gütersloh
Halle (Saale)
Hamburg
Hameln
Hameln-Pyrmont (Landkreis)
Hamm
Hanau
Hannover
Hannover (Region)
Hattingen
Heidelberg
Heidenheim (Kreis)
Heimenkirch
Hergatz
Herrenberg
Herrieden
Herrsching
Hofheim am Taunus
Horstmar
Hummelshain
Ilfeld
Immenstadt (Stadt)

**Anlage 3 zur Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/22984
(Frage 39)**

Ingolstadt
Jena
Jülich
Kaiserslautern
Kamen
Karlsruhe (Stadt)
Kelkheim (Taunus)
Kiel
Kirchheim unter Teck
Kißlegg
Koblenz
Köln
Köngen
Konstanz
Korbach
Krefeld
Lahnstein
Landshut
Langenzenn
Langweid
Lauenburg/Elbe
Lauf
Leipzig
Leverkusen
Lindau (Landkreis)
Lindau am Bodensee
Linz am Rhein
Lippe (Kreis)
Lübeck
Ludwigsburg
Ludwigsburg (Kreis)
Ludwigslust
Lüneburg
Magdeburg
Mainz
Mannheim
Marburg
Markkleeberg
Memmingen
Metzingen
Moers
Möglingen
Morbach
München

**Anlage 3 zur Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/22984
(Frage 39)**

München (Landkreis)
Münster
Murg
Nebelschütz
Neumarkt in der Oberpfalz
Neumünster
Neuried
Neuruppin
Neuss
Neustadt an der Weinstraße
Niebüll
Nohfelden
Norderstedt
Nordfriesland (Kreis)
Nordhausen (Kreis)
Nürnberg
Nürnberg (Metropolregion)
Oberhausen
Oberursel
Offenbach
Olching
Oldenburg
Opfenbach
Osnabrück
Osterode am Harz
Ostfildern
Ostholstein (Kreis)
Passau (Landkreis)
Pforzheim
Plettenberg
Pullach im Isartal
Ratingen
Ravensburg
Ravensburg (Kreis)
Regensburg
Reinbek
Reutlingen (Landkreis)
Rheda-Wiedenbrück
Rhein-Kreis-Neuss
Rheinsberg
Rheinstetten
Roßtal
Rostock
Rothenburg ob der Tauber

**Anlage 3 zur Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/22984
(Frage 39)**

Saalfeld
Saalfeld-Rudolstadt (Kreis)
Saarbrücken
Saarbrücken (Regionalverband)
Schifferstadt
Schneverdingen
Schorndorf
Schwäbisch Gmünd
Schwäbisch Hall
Schwandorf
Sindelfingen
Sinzig
Solingen
Sömmerda (Stadt)
Speyer
Stadtroda
Steinfurt
Steinfurt (Kreis)
Stendal (Kreis)
Stormarn (Kreis)
Stralsund
Straubing-Bogen (Kreis)
Stuttgart
Südliches Saaletal (Verwaltungsgemeinschaft)
Telgte
Teltow
Teltow-Fläming (Landkreis)
Tholey
Traunstein
Trier
Tübingen
Tuttlingen
Uffenheim
Ulm
Vaterstetten
Viernheim
Vilshofen an der Donau
Waldenbuch
Waltrop
Wathlingen (Samtgemeinde)
Wedel
Weidenbach (Markt)
Weilheim in Oberbayern
Weimar

**Anlage 3 zur Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/22984
(Frage 39)**

Weingarten
Wernigerode
Wiesbaden
Wiesloch
Witten
Witzenhausen
Wolfsburg
Wörrstadt
Wuppertal
Würzburg
Xanten
Zwickau

